

So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im 2. Quartal 2025 – Schwerpunkt: Politische Teilhabe

Ergebnisse einer Statistik-Austria-Befragung

Wien, 2025

Impressum

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK), Stubenring 1, 1010 Wien

Autorinnen und Autoren: Claudia Reiter, Katarina Spoljaric, Florian Kärcher, Monika Mühlböck, Janina Enachescu, Lena Wittmann, Nadja Lamei

Wien, 2025. Stand: 3. Oktober 2025

Anfragen zum Inhalt bei Statistik Austria, Allgemeiner Auskunftsdienst: Guglgasse 13, 1110 Wien, Tel.: 01 711 28-7076 Fax: 01 715 68 28 E-Mail: janina.enachescu@statistik.gv.at

Copyright und Haftung:

Auszugsweiser Abdruck ist nur mit Quellenangabe gestattet, alle sonstigen Rechte sind ohne schriftliche Zustimmung des Medieninhabers unzulässig. Es wird darauf verwiesen, dass alle Angaben in dieser Publikation trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Bundesministeriums und der Autorin / des Autors ausgeschlossen ist. Rechtausführungen stellen die unverbindliche Meinung der Autorin / des Autors dar und können der Rechtsprechung der unabhängigen Gerichte keinesfalls vorgreifen.

Im Falle von Zitierungen (im Zuge von wissenschaftlichen Arbeiten) ist als Quellenangabe anzugeben: Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) (Hg.); Titel der jeweiligen Publikation, Erscheinungsjahr.

Inhalt

Zusammenfassung	4
Soziale Gefährdungslagen im Zeitverlauf	7
Veränderungen des Haushaltseinkommens	12
Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten	15
Mit dem Einkommen auskommen	15
Veränderung der finanziellen Lage	16
Hauptgrund für schlechteres/besseres Auskommen mit dem Einkommen	18
Gesetzte Maßnahmen aufgrund schlechteren Auskommens mit dem Einkommen	20
Unerwartete Ausgaben	20
Indikatoren für materielle und soziale Deprivation	21
Zahlungsverzug	23
Subjektive Wohnkostenbelastung	25
Schwerpunktkapitel: Politische Teilhabe	28
Politisches Interesse	29
Politische Aktivitäten	31
Wahrnehmung der eigenen Wirksamkeit	35
Politische Stimme und Vertretung der eigenen Interessen	35
Wirksamkeitsempfinden im direkten Lebensumfeld	41
Zukunftserwartungen	45
Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens	45
Geplante größere Ausgaben	47
Erwartete Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten	48
Wirtschaftliche Lage in Österreich	50
Fazit	52
Erläuterungen und Definitionen	54
Tabellenverzeichnis	55
Abbildungsverzeichnis	56
Literaturverzeichnis	58
Methodischer Anhang	65

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht beruht auf den Ergebnissen der von Statistik Austria quartalsweise durchgeführten Befragung „So geht’s uns heute“. Im Mittelpunkt der Analysen stehen finanzielle Schwierigkeiten in den Privathaushalten Österreichs, deren Entwicklungen im Zeitverlauf – insbesondere im Vergleich zum Vorjahr (Q2/2024) und zum Vorquartal (Q1/2025) – nachgezeichnet werden. Darüber hinaus wird in diesem Bericht ein Fokus auf die politische Teilhabe gelegt.

Ziel der Studie ist es, zeitnahe und aussagekräftige Informationen über Veränderungen der sozialen Lage in unsicheren und herausfordernden Zeiten zu gewinnen. Ende 2021 starteten insgesamt elf EU-Staaten mit diesem Projekt, das durch die Europäische Statistikbehörde Eurostat und das damalige Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz kofinanziert wurde. Seit Anfang 2024 wird das Projekt auf nationaler Ebene auf Basis der Finanzierung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) fortgeführt. In Österreich werden 3.000 bis 3.880 Personen quartalsweise wiederholt befragt, um Veränderungen gezielt zu messen. Die Ergebnisse liefern Informationen zu Lebensbedingungen verschiedener Gruppen und sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage für Interessenvertretungen und Politik. Bei der 15. Befragungswelle im zweiten Quartal 2025 (Q2/2025), welche im Zeitraum von Mai bis Juni 2025 durchgeführt wurde, nahmen 3.847 Personen im Alter von 18 bis 74 Jahren teil.

Die wichtigsten Ergebnisse der Befragung im zweiten Quartal 2025 und die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr und dem Vorquartal können wie folgt zusammengefasst werden:

- Im zweiten Quartal 2025 berichteten 23% der Befragten – hochgerechnet etwa 1,5 Millionen Menschen – in den vergangenen zwölf Monaten Einkommensverluste erlitten zu haben. Für rund 38% der Befragten hat sich die Einkommenssituation verbessert. Damit zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine weitgehend stabile Entwicklung (22% mit Einkommensverlusten in Q2/2024). Insbesondere Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen sowie aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten berichteten von Einkommensverlusten.

- In der 15. Befragungswelle gaben hochgerechnet etwa 683.000 Menschen (10%) an, dass sie Schwierigkeiten hatten, mit ihrem laufenden Einkommen auszukommen. Im Vergleich zum Vorjahr (Q2/2024: 13%) ist dies ein leichter Rückgang.
- Trotz der stabilen Einkommenssituation vieler Haushalte im zweiten Quartal 2025 gaben 35% der 18- bis 74-Jährigen an, dass sie (viel) schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als noch ein Jahr zuvor. Besonders häufig berichteten Personen mit Einkommensverlusten von einer Verschlechterung (72%). Als Grund hierfür wurden weiterhin insbesondere die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel sowie Wohn- und Energiekosten genannt.
- Im zweiten Quartal 2025 gaben 15% der Befragten an, dass sie durch Wohnkosten finanziell stark belastet waren. Dieser Wert bleibt seit dem letzten Quartal stabil (Q1/2025: 15%). Vulnerable Haushaltsgruppen berichteten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung von einer deutlich höheren Wohnkostenbelastung. Am stärksten betroffen sind Personen mit geringem Einkommen, von denen rund 34% eine erhebliche Belastung verspürten. In Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sowie in Ein-Eltern-Haushalten liegt der Anteil jeweils bei 28% und ist gegenüber dem Vorquartal rückläufig.
- Rund 23% der Befragten erwarteten, dass sich ihr Haushaltseinkommen im Verlauf der nächsten zwölf Monate verringern würde. Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorjahresquartal leicht gestiegen (19%).
- Auch im zweiten Quartal 2025 blickten die Befragten mit deutlicher Skepsis auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. 61% der 18- bis 74-Jährigen gingen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage in Österreich in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern werde. Dieser Anteil liegt nahezu auf dem Niveau des Vorquartals (64%). Demgegenüber rechneten lediglich 8% der Befragten mit einer Verbesserung.
- Im Rahmen der 15. Befragungswelle wurde ein Schwerpunkt auf das Thema politische Teilhabe gelegt. Die Ergebnisse zeigen, dass 21% der Gesamtbevölkerung sehr an Politik interessiert sind und 46% ein gewisses Interesse bekundeten. Das politische Interesse ist besonders hoch bei Personen mit hoher Bildung, während es bei Menschen mit niedrigem Einkommen gering ausfällt.
- Politische Aktivitäten beschränken sich bei den meisten Befragten auf die Teilnahme an Wahlen; andere Formen des politischen Engagements – wie z.B. das Engagement in einer Partei oder die Teilnahme an einer Demonstration – werden lediglich von einer kleinen Minderheit wahrgenommen.
- Fast vier Fünftel der Befragten fühlen sich in politischen Fragen nicht gehört: 33% der 18- bis 74-Jährigen gaben an, dass ihre Stimme überhaupt kein Gehör finde, weitere

47% fühlten sich eher nicht gehört. Demgegenüber stimmten 20% der Befragten der Aussage „*Ich habe das Gefühl, dass meine Stimme in politischen Fragen gehört wird*“ sehr oder eher zu.

- In bestimmten Gruppen fällt die Einschätzung noch negativer aus: 42% der Personen mit Einkommensverlusten und 40% der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte gaben an, dass ihre Stimme überhaupt nicht gehört werde. Auch nach Bildungsniveau zeigen sich Unterschiede: Unter Personen mit maximal Pflichtschulabschluss liegt der Anteil bei 38%, bei Hochschulabsolvent:innen dagegen bei 27%.
- Auch bei der Frage, ob die eigenen Interessen im Land vertreten werden, ergibt sich ein kritisches Bild. Insgesamt gaben 70% der Gesamtbevölkerung an, dass ihre Interessen in politischen Fragen nicht oder eher nicht vertreten werden. Besonders stark ausgeprägt ist dieses Empfinden bei Personen mit Einkommensverlusten (76%). Vergleichsweise positiver fällt die Einschätzung in Mehrkind-Haushalten aus sowie bei Personen mit höherer Bildung: 39% bzw. 40% sahen ihre Interessen im Land sehr oder eher vertreten.
- Die wahrgenommenen Einflussmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld wurden von der Gesamtbevölkerung überwiegend positiv eingeschätzt: Mehr als die Hälfte der 18- bis 74-Jährigen stimmte der Aussage zu, durch ihr Handeln im Wohn-, Arbeits- oder Ausbildungsumfeld einen Unterschied machen zu können. Besonders häufig gaben Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft sowie Befragte mit höherer Bildung an, im direkten Lebensumfeld Einfluss nehmen zu können. Deutlich zurückhaltender schätzten dagegen vulnerable Gruppen ihre Wirksamkeit ein.

Soziale Gefährdungslagen im Zeitverlauf¹

Die Vielzahl an Herausforderungen der letzten Jahre hat wirtschaftliche und soziale Veränderungsprozesse in Österreich beschleunigt und verstärkt. Vor diesem Hintergrund dient die von Statistik Austria regelmäßig durchgeführte „So geht’s uns heute“-Befragung dazu, kurzfristige Veränderungen in sozialen Gefährdungslagen nachzuzeichnen und die sozialen Krisenfolgen zu analysieren.

Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre stellen unsere Gesellschaft vor unterschiedliche Herausforderungen mit teils weitreichenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen (BMF & BMSGPK 2022a, 2022b, 2023, 2024, BMSGPK 2020, Dawid 2020, 2023, Heitzmann & Huber 2025). Seit mehr als zwei Jahren befindet sich Österreich in einer anhaltenden Rezession², die sich auch immer stärker am Arbeitsmarkt bemerkbar macht. Die Arbeitslosigkeit steigt kontinuierlich in allen Bundesländern³, während gleichzeitig die Inflation nach wie vor auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau liegt⁴. Vor dem Hintergrund der anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Unsicherheiten bleibt die soziale und wirtschaftliche Lage für viele Personen angespannt. Die Ergebnisse der „So geht’s uns heute“-Befragungen zeigen eine hohe soziale Gefährdungslage – insbesondere für vulnerable Personengruppen, die aufgrund ihrer Haushaltskonstellation besonderen wirtschaftlichen, sozialen oder gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind.

Allgemein ist das Ziel der von Statistik Austria quartalsweise durchgeführten Befragung, die sozialen Folgen der aktuellen Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Zudem können

¹ Die Autor:innen bedanken sich für die gute Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat, der die Durchführung dieser Befragung begleitet: Gerald Gogola, Daniel Situm, Karin Heitzmann, Stefan Angel und Nadia Steiber.

² Laut vorläufigen Berechnungen von Statistik Austria stieg die österreichische Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2025 zwar real um 0,3% gegenüber dem Vorquartal an (Statistik Austria 2025a), im Vergleich zum zweiten Quartal des Vorjahres zeigt sich jedoch weiterhin ein leichter Rückgang

³ Laut AMS ist die Arbeitslosenquote in Österreich im Juli 2025 im Vergleich zum Vorjahr um 5,5% gestiegen (AMS 2025)

⁴ Die Inflation stieg in Österreich im Juni 2025 auf 3,3% und erreichte damit wieder ein Niveau wie zuletzt im Mai 2024 (Statistik Austria 2025b)

durch die schnelle Verfügbarkeit und Vergleichbarkeit der Daten mögliche Begleit- und Folgeerscheinungen der Krisen für die Bevölkerung aufgezeigt werden. Wie bereits in den ersten vierzehn „So geht’s uns heute“- Berichten⁵, stehen auch im vorliegenden Bericht die wahrgenommenen Veränderungen der Haushaltseinkommen, Lebensbedingungen sowie damit verbundene Herausforderungen im Mittelpunkt der Analyse. Die Ergebnisse aus den ersten vierzehn Befragungswellen werden im vorliegenden Bericht um die Ergebnisse der 15. Welle erweitert und die Entwicklungen im Zeitverlauf nachgezeichnet. Ein besonderer Schwerpunkt dieses Berichts liegt zudem auf dem Thema politische Teilhabe, wobei sowohl das Interesse an Politik und die Beteiligung an politischen Aktivitäten als auch das Gefühl, politisch gehört zu werden und im direkten Umfeld etwas bewirken zu können, untersucht werden. Die hier präsentierten Ergebnisse beruhen auf den hochgerechneten Angaben einer für Österreich repräsentativen Zufallsstichprobe von 3.000 bis 3.880 Personen pro Erhebungswelle.

Vulnerable Personengruppen, wie beispielsweise Arbeitslose oder Personen mit niedrigem Einkommen, sind höheren Risiken ausgesetzt als die Gesamtbevölkerung und gelten daher auch außerhalb von Krisenzeiten verstärkt als armutsgefährdet. Auch spezifische familiäre Lebensumstände, wie das Leben in einem Ein-Eltern-Haushalt (Heitzmann & Pennerstorfer 2021) oder in einer Familie mit vielen Kindern (Heitzmann & Pennerstorfer 2024), können sich auf eine erhöhte Armutsgefährdung und Vulnerabilität auswirken. Vor diesem Hintergrund liegt der Fokus der Analysen in der „So geht’s uns heute“-Befragung auf genau jenen Gruppen. Folgende Merkmale wurden als Risikofaktoren identifiziert⁶:

- Personen mit geringem Haushaltseinkommen
- Personen in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten
- Personen in Ein-Eltern-Haushalten (Alleinerziehende und deren Kinder)
- Personen in Mehrkind-Haushalten (Paarhaushalt mit mindestens drei im Haushalt lebenden abhängigen Kindern)

Um das Haushaltseinkommen in der Befragung zu ermitteln, wurde die Summe aller monatlichen Nettoeinkünfte (aus Arbeit, Pensionen, Sozialleistungen und regelmäßigen Zahlungen von Privatpersonen, wie Unterhalt) aller Personen im Haushalt erfragt. Danach

⁵ Mühlböck et al. 2022a, 2022b, 2022c, 2023a, 2023b, Reiter et al. 2023a, 2023b, 2023c, 2024a, 2024b, Brunner et al. 2024a, 2024b, 2025.

⁶ Statistik Austria stellt auf der Webseite für jede Befragungswelle einen detaillierten Tabellenband zur Verfügung, der noch einige weitere Risikofaktoren bzw. Gruppenmerkmale enthält: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>.

wurde bei Mehrpersonenhaushalten das Haushaltseinkommen auf einen Einpersonenhaushalt standardisiert⁷. Dadurch können Haushaltseinkommen von Ein- und Mehrpersonenhaushalten besser miteinander verglichen werden. Der Erwerbsstatus aller Haushaltsmitglieder wurde erhoben, indem nach der hauptsächlichen Tätigkeit⁸ und dem Beruf (falls erwerbstätig) aller im Haushalt lebenden Personen gefragt wurde. Wenn die befragte Person zum Befragungszeitpunkt arbeitslos war bzw. in einem gemeinsamen Haushalt mit mindestens einer arbeitslosen Person im Alter zwischen 19 und 64 Jahren lebte, wurde dieser Haushalt als Haushalt, der von Arbeitslosigkeit betroffen ist, definiert.

10%⁹ der Befragten aus der 15. Erhebungswelle (Q2/2025), hochgerechnet etwa 691.000 Personen (mit einer statistischen Schwankungsbreite zwischen 603.000 bis 778.000 Personen¹⁰), verfügten über ein geringes (standardisiertes) Haushaltseinkommen von unter 1.200 Euro pro Monat. Etwa 9% der Befragten lebten in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Zudem gehörten 6% der Befragten einem Mehrkind-Haushalt an, während 4% in einem Ein-Eltern-Haushalt lebten (Tabelle 1).

⁷ Zur Standardisierung wird für jede weitere Person ab 14 Jahren ein zusätzliches Bedarfsgewicht von 0,5 und für jedes Kind unter 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0,3 angenommen. Um ein standardisiertes Mindesteinkommen („Äquivalenzeinkommen“) von 1.200 Euro zu erreichen, benötigt ein Haushalt mit zwei Erwachsenen demnach 1.800 Euro, während ein Haushalt mit einem Erwachsenen und einem Kind für denselben Lebensstandard 1.560 Euro und eine vierköpfige Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern 2.520 Euro benötigen.

⁸ Dabei konnten sich die Befragten einer der folgenden Kategorien zuordnen: Arbeiter:in, Angestellte:r oder Lehrling, Selbständig, arbeitslos, in Pension, aus gesundheitlichen Gründen dauerhaft arbeitsunfähig, in Ausbildung, in Elternkarenz oder Mutterschutz, mit Hausarbeit, der Betreuung von Kindern oder der Pflege von Angehörigen beschäftigt, im Präsenz- oder Zivildienst, Sonstiges. Die Angaben beziehen sich stets auf den Befragungszeitpunkt. Es können daher keine Rückschlüsse auf die Verweildauer im jeweiligen Status gezogen werden.

⁹ Zur besseren Lesbarkeit wurden Prozentangaben im Text auf ganze Zahlen gerundet. In den Tabellen und Grafiken sind die Werte hingegen auf eine Nachkommastelle gerundet. Dadurch können in Einzelfällen minimale Abweichungen zwischen Text und Tabellen bzw. Grafiken auftreten.

¹⁰ Für die statistische Schwankungsbreite wurde ein 95% Konfidenzintervall gewählt.

Tabelle 1: Risikofaktoren für soziale Gefährdungslagen (Q2/2025)

	Anzahl Personen (hochgerechnet mit Schwankungsbreite)*
Personen mit geringem Einkommen	603.000 – 778.000
Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen	531.000 – 696.000
Ein-Eltern-Haushalt	195.000 – 270.000
Mehrkind-Haushalt	316.000 – 426.000

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). N = 3.847. *Für die statistische Schwankungsbreite wurde ein 95% Konfidenzintervall gewählt. Gewichtete Ergebnisse.

Im Befragungszeitraum Mai und Juni 2025 befand sich Österreich in einer politisch dynamischen Übergangsphase. Nach der Nationalratswahl vom 29. September 2024¹¹ war wenige Monate zuvor erstmals in der Zweiten Republik eine Dreiparteien-Koalition (ÖVP–SPÖ–NEOS) auf Bundesebene gebildet worden. In der Folge wurden Ministerien umstrukturiert, das Regierungsprogramm vorgestellt und eine politische Neuausrichtung eingeleitet. Gleichzeitig verlief die gesamtwirtschaftliche Erholung nur schleppend; das Budgetdefizit blieb hoch und führte nach Bekanntwerden seines vollen Ausmaßes zu einem Defizitverfahren der EU-Kommission, während die Regierung bereits zuvor Sparmaßnahmen ankündigte.

Vor diesem Hintergrund widmet sich die von Statistik Austria quartalsweise durchgeführte Befragung „So geht’s uns heute“ in diesem Bericht schwerpunktmäßig der politischen Teilhabe. Ziel ist es, nicht nur ein aktuelles Stimmungsbild einzufangen, sondern auch Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen sichtbar zu machen. Politische Mitwirkung – sei es durch Wahlbeteiligung, die Unterstützung von Petitionen oder durch Engagement in Demonstrationen oder sozialen Medien – gilt als zentrales Fundament demokratischer Legitimation (Norris, 2011). Empirische Befunde zeigen jedoch, dass Teilhabechancen ungleich verteilt sind: Vulnerable Gruppen, Personen mit niedrigem Bildungsniveau sowie jüngere Menschen beteiligen sich tendenziell seltener an Wahlen und empfinden sich häufiger als politisch wenig wirksam (Habersack et al., 2023; Walter & Rosenberger, 2007; Schumpeter, 2010). Neuere Forschung für Österreich hebt zudem die Rolle wahrgenommener Deprivation als Treiber niedriger Beteiligung hervor (Habersack et al.,

¹¹ Bei der Nationalratswahl am 29. September 2024 lag die Wahlbeteiligung bei 77,7% (BMI, 2024).

2023). Parallel dazu verweisen Umfragen auf einen anhaltenden Vertrauensrückgang in politische Institutionen, der durch wirtschaftliche Unsicherheit zusätzlich verstärkt werden kann (Zandonella, 2021). Bei der Betrachtung politischer Partizipationschancen ist auch die Staatsbürgerschaft als zentrale Zugangsvoraussetzung von Bedeutung: Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft verfügen nur über eingeschränkte Mitgestaltungsmöglichkeiten und sind primär auf zivilgesellschaftliche oder kommunale Formen der Partizipation beschränkt (Filzmaier et al., 2015). Der vorliegende Bericht stellt daher die Frage nach Inklusion und Teilhabechancen in den Mittelpunkt und beleuchtet die politische Teilhabe der Bevölkerung mit besonderem Augenmerk auf vulnerable Gruppen.

Die nachfolgenden Kapitel analysieren auf Basis subjektiver Einschätzungen (Veränderungen im) Haushaltseinkommen, Schwierigkeiten, mit dem Lebensunterhalt auszukommen, Leistbarkeit von Wohnen sowie Belastungen in der Erwerbsarbeit – jeweils differenziert nach vulnerablen Gruppen und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (18–74 Jahre). Im Mittelpunkt der Analysen stehen die Ergebnisse der 15. Befragungswelle (Q2/2025). Sie werden jeweils mit den Ergebnissen der vier vorangegangenen Befragungswellen aus dem Jahr 2024 und 2025 (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025) verglichen, wobei aus Gründen der Übersichtlichkeit meist nur der Vorjahres- (Q2/2024) und der Vorquartalswert (Q1/2025) dargestellt werden. Dabei werden im vorliegenden Bericht nur jene Veränderungen zwischen den Befragungswellen im Text näher beschrieben, die statistisch signifikant (Signifikanzniveau $\alpha=0,1$) sind.

Veränderungen des Haushaltseinkommens

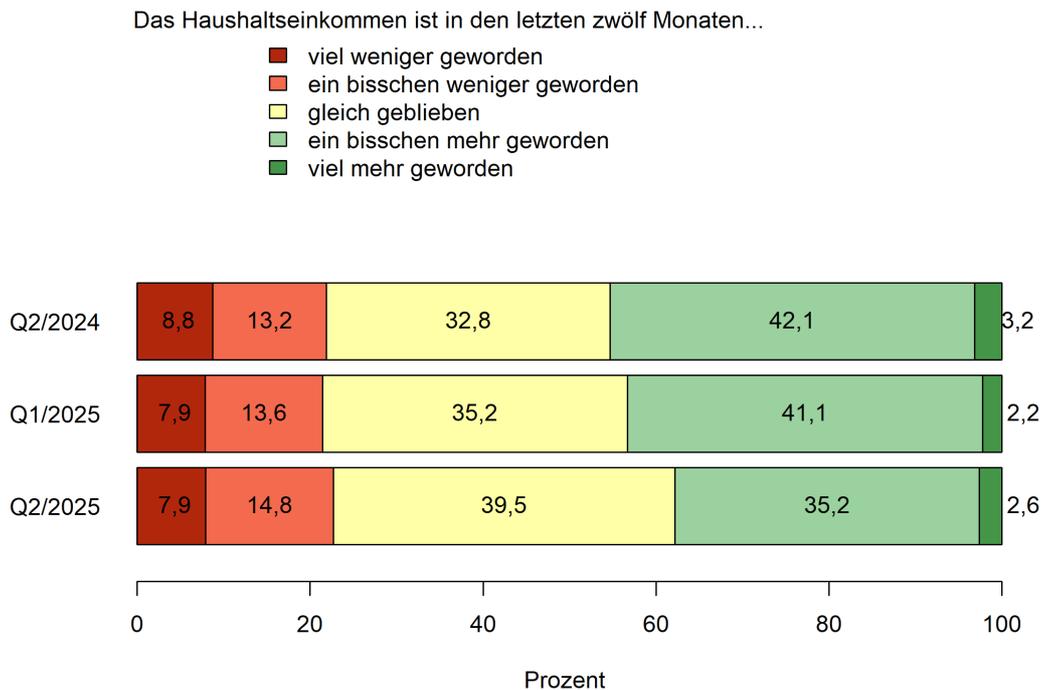
Im zweiten Quartal 2025 berichteten 23% der Befragten – hochgerechnet 1,5 Millionen Menschen¹² –, in den vergangenen zwölf Monaten Einkommensverluste erlitten zu haben. Damit zeigt sich eine weitgehend stabile Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr (Q2/2024: 22%) dar. Für rund 38% der Befragten hat sich die Einkommenssituation leicht bzw. sehr verbessert und für rund 40% hat sich an der Einkommenssituation nichts verändert. Die Ergebnisse verdeutlichen, dass insbesondere Arbeitslosigkeit und ein geringes Haushaltseinkommen weiterhin stark mit Einkommensverlusten verbunden sind. So berichteten 45% der Befragten aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten und rund 41% der Personen mit geringem Haushaltseinkommen, dass ihr Haushaltseinkommen in den letzten zwölf Monaten weniger geworden sei.

In der „So geht’s uns heute“-Befragung wurden wahrgenommene Einkommensveränderungen anhand der Frage erhoben, ob das Netto-Haushaltseinkommen, also die Summe der Einkünfte aller Haushaltsmitglieder, in den letzten zwölf Monaten viel weniger, ein bisschen weniger geworden, gleich geblieben, ein bisschen mehr, oder viel mehr geworden sei. Im zweiten Quartal 2025 gaben 23% der Befragten an, dass ihr Einkommen zurückgegangen sei. 15% der 18- bis 74-Jährigen gaben an, geringe Einkommensverluste erlebt zu haben, während 8% große Verluste wahrgenommen haben (Abbildung 1). Damit liegt der Anteil der Einkommensverlierer:innen ungefähr auf dem Niveau des Vorquartals (22%) sowie des Vorjahresquartals (22%). Deutlich gestiegen ist der Anteil derjenigen, deren Einkommen unverändert blieb: 40% in Q2/2025 gegenüber 33% in Q2/2024. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Befragten, die eine Verbesserung ihrer Einkommenslage wahrgenommen haben, auf 38% (35% „ein bisschen mehr“, 3% „viel mehr“). Im Vorquartal waren es noch 43%, im Vorjahresquartal 45%. Insgesamt zeigt sich eine weitgehend stabile Entwicklung der Einkommenssituation in der Bevölkerung. Mögliche Erklärungen dafür liegen zum einen in den sozialpartnerschaftlich

¹² Unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite (95% Konfidenzintervall) beläuft sich die hochgerechnete Anzahl von Personen auf 1.300.000 bis 1.540.000.

ausgehandelten Lohnerhöhungen sowie in den inflationsbedingten Anpassungen von Sozialleistungen¹³.

Abbildung 1: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wenn Sie die letzten zwölf Monate betrachten: Ist das Netto-Haushaltseinkommen, das ist die Summe der Einkünfte aller Haushaltsmitglieder, seit den letzten 12 Monaten...“ Antworten: viel weniger geworden / ein bisschen weniger geworden / gleich geblieben / ein bisschen mehr geworden / viel mehr geworden. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Eine differenzierte Betrachtung der einzelnen vulnerablen Gruppen zeigt, dass sich die Einkommenssituation nicht für alle Gruppen in gleicher Weise entwickelt hat. Im zweiten Quartal 2025 berichteten 45% der von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalte, dass ihr Haushaltseinkommen in den letzten zwölf Monaten weniger geworden sei. Trotz eines Rückgangs gegenüber dem Vorquartal (50%) bleibt dies der höchste Wert unter allen vulnerablen Gruppen. Auch unter Personen mit geringem Haushaltseinkommen ist der

¹³ Der Tariflohnindex ist im zweiten Quartal 2025 im Vergleich zum selben Quartal des Vorjahres um 3,7% gestiegen (IHS 2025). Mit Jänner 2025 erfolgte außerdem die erneute Valorisierung der Sozialleistungen, wodurch sich die Sozial- und Familienleistungen um 4,6% erhöhten (BMSGPK 2024).

Anteil an Einkommensverlusten mit 41% hoch und zeigt gegenüber den Vorquartalen einen kontinuierlichen Anstieg (von 36% in Q2/2024 über 38% in Q1/2025 auf 41% in Q2/2025). Ein-Eltern-Haushalte berichteten im zweiten Quartal 2025 zu 32% von Einkommensverlusten. Bei Mehrkind-Haushalten lag dieser Anteil bei 17%, womit nach dem Tiefstand im Vorquartal (14%) wieder ein Zuwachs zu verzeichnen ist, allerdings unter dem Niveau des Vorjahresquartals (21%). Insgesamt verdeutlichen die aktuellen Ergebnisse, dass insbesondere Haushalte mit Arbeitslosigkeit, geringem Einkommen sowie Alleinerziehende besonders anfällig für Einkommensverluste bleiben. Während sich die Situation bei Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, im Vergleich zum Vorquartal leicht entspannt hat, verschärft sie sich in fast allen anderen vulnerablen Gruppen.

Tabelle 2: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten innerhalb der vulnerablen Gruppen (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)

	Haushaltseinkommen ist in den letzten 12 Monaten weniger geworden		
	Q2/2024	Q1/2025	Q2/2025
Gesamtbevölkerung (18-74 Jahre)	21,9%	21,5%	22,7%
Personen mit geringem Einkommen*	35,6%	38,2%	40,9%
Haushalt von Arbeitslosigkeit betroffen	46,0%	49,5%	44,9%
Haushaltstyp: Ein-Eltern-Haushalt	25,2%	30,2%	31,8%
Haushaltstyp: Mehrkind-Haushalt	20,9%	14,0%	17,4%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wenn Sie die letzten zwölf Monate betrachten: Ist das Netto-Haushaltseinkommen...“ Antworten: viel weniger / ein bisschen weniger geworden. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Schwierigkeiten, den Lebensunterhalt zu bestreiten

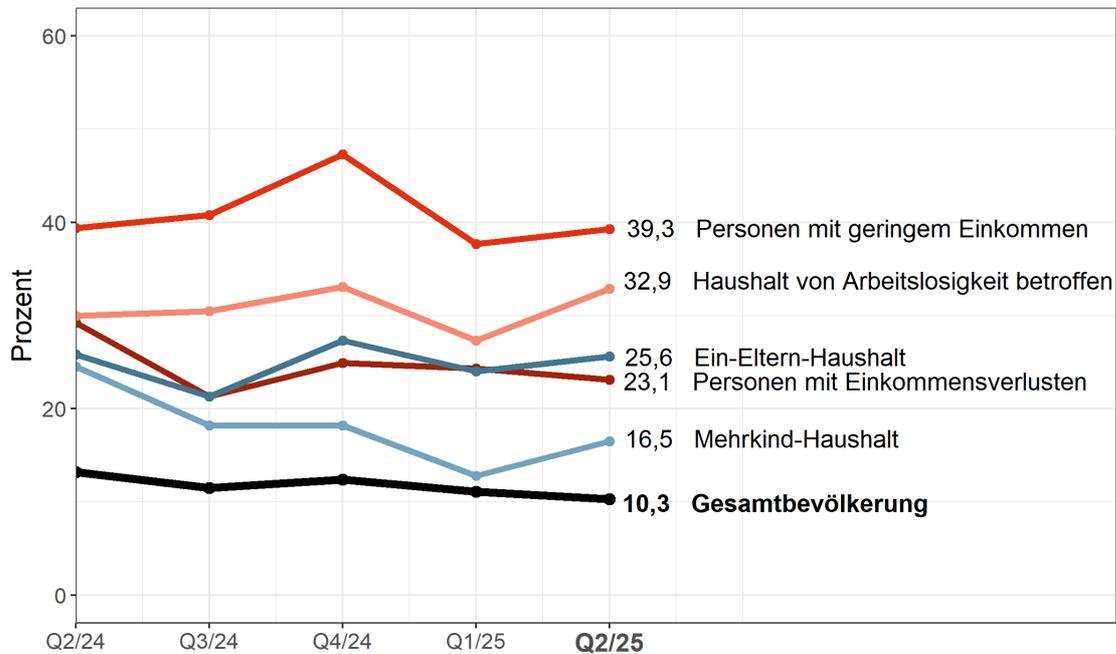
Hochgerechnet zwischen 596.000 und 769.000 Menschen (10%) berichteten im zweiten Quartal 2025 von Schwierigkeiten, mit ihrem laufenden Einkommen auszukommen. Im Vergleich zum Vorjahr (Q2/2024: 13%) ist dies ein leichter Rückgang. Besonders Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen waren überdurchschnittlich stark betroffen und sahen sich mit großen Herausforderungen bei der Deckung der laufenden Ausgaben konfrontiert. 35% der 18- bis 74-Jährigen gaben weiters an, dass sie im zweiten Quartal 2025 (viel) schlechter mit dem Haushaltseinkommen zurechtkamen als ein Jahr zuvor. Als Hauptgründe für diese wahrgenommene Verschlechterung nannten die Befragten die gestiegenen Ausgaben für Lebensmittel (32%) sowie die höheren Wohn- und Energiekosten (19%). Zudem gaben 23% der Befragten an, nicht über die finanziellen Mittel zu verfügen, unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.570 Euro aus eigenen Mitteln decken zu können.

Mit dem Einkommen auskommen

Im zweiten Quartal 2025 gaben 10% der Gesamtbevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren an, die laufenden Ausgaben ihres Haushalts nur mit (großen) Schwierigkeiten decken zu können (Abbildung 2). Besonders stark betroffen waren Personen mit geringem Haushaltseinkommen: 39% berichteten von erheblichen finanziellen Belastungen. Auch wenn sich der Anteil im Vergleich zum Höchststand im vierten Quartal 2024 etwas reduziert hat, liegt er weiterhin deutlich über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. In Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, lag der Anteil bei rund einem Drittel. Eine überdurchschnittlich hohe finanzielle Belastung zeigte sich zudem bei Ein-Eltern-Haushalten (26%) sowie bei Personen, die Einkommensverluste erlitten hatten (23%). Auch Mehrkind-Haushalte wiesen mit 17% einen deutlich höheren Wert als die Gesamtbevölkerung auf. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich insgesamt eine leichte Entspannung der Lage. Gleichwohl bleibt die finanzielle Situation insbesondere bei

Haushalten mit geringem Einkommen oder jenen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, angespannt und hat sich zuletzt wieder etwas verschlechtert.

Abbildung 2: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)



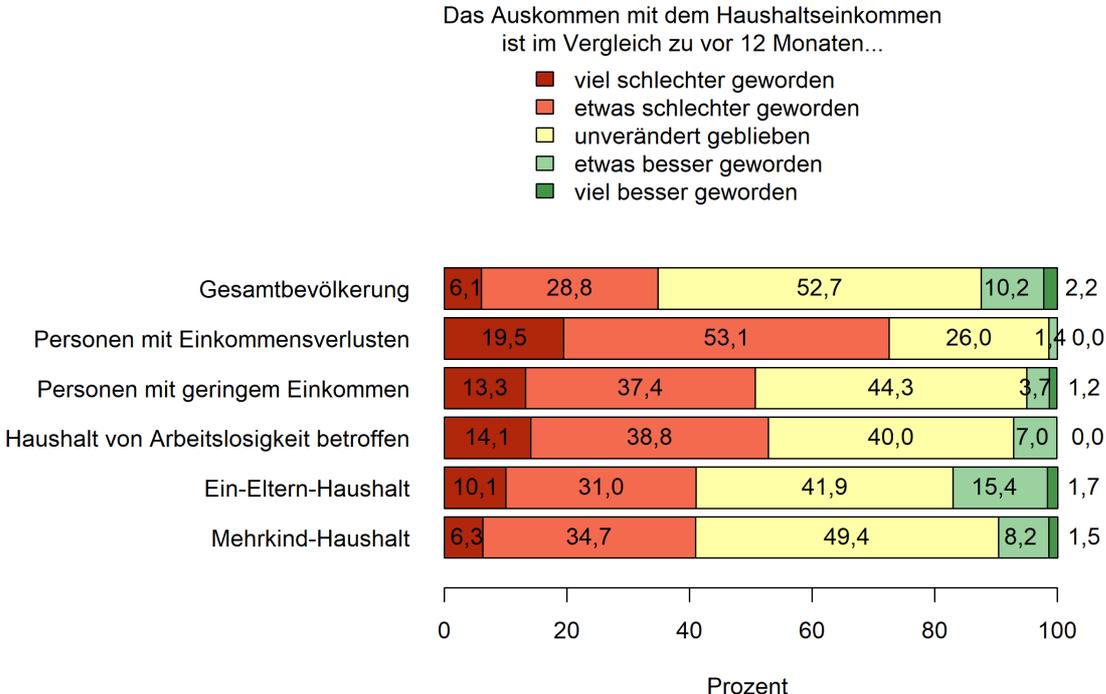
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?“ Antworten: sehr schwer / schwer. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Veränderung der finanziellen Lage

Im zweiten Quartal 2025 gaben 35% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren an, (viel) schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtzukommen als noch ein Jahr zuvor (Abbildung 3). Für 53% blieb die finanzielle Situation unverändert, während sie sich für 10% etwas und für 2% deutlich verbessert hat. Besonders häufig berichteten Personen mit Einkommensverlusten von einer Verschlechterung: Insgesamt 72% dieser Gruppe gaben an, (viel) schlechter mit ihrem Einkommen auszukommen. Auch bei Personen mit geringem Einkommen (51%) sowie in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (53%)

war eine überdurchschnittliche Belastung erkennbar. Beide Gruppen verzeichneten im Vergleich zum Vorquartal einen Anstieg von mehr als 10 Prozentpunkten. Ein-Eltern-Haushalte (41%) und Mehrkind-Haushalte (41%) verzeichneten ebenfalls eine höhere Belastung als die Gesamtbevölkerung. Insgesamt zeigt sich, dass bestimmte sozioökonomische Gruppen besonders häufig eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage wahrgenommen haben – vor allem Personen aus einkommensschwachen und arbeitslosen Haushalten.

Abbildung 3: Veränderung im Auskommen mit dem Einkommen im Vergleich zu vor zwölf Monaten (Q2/2025)

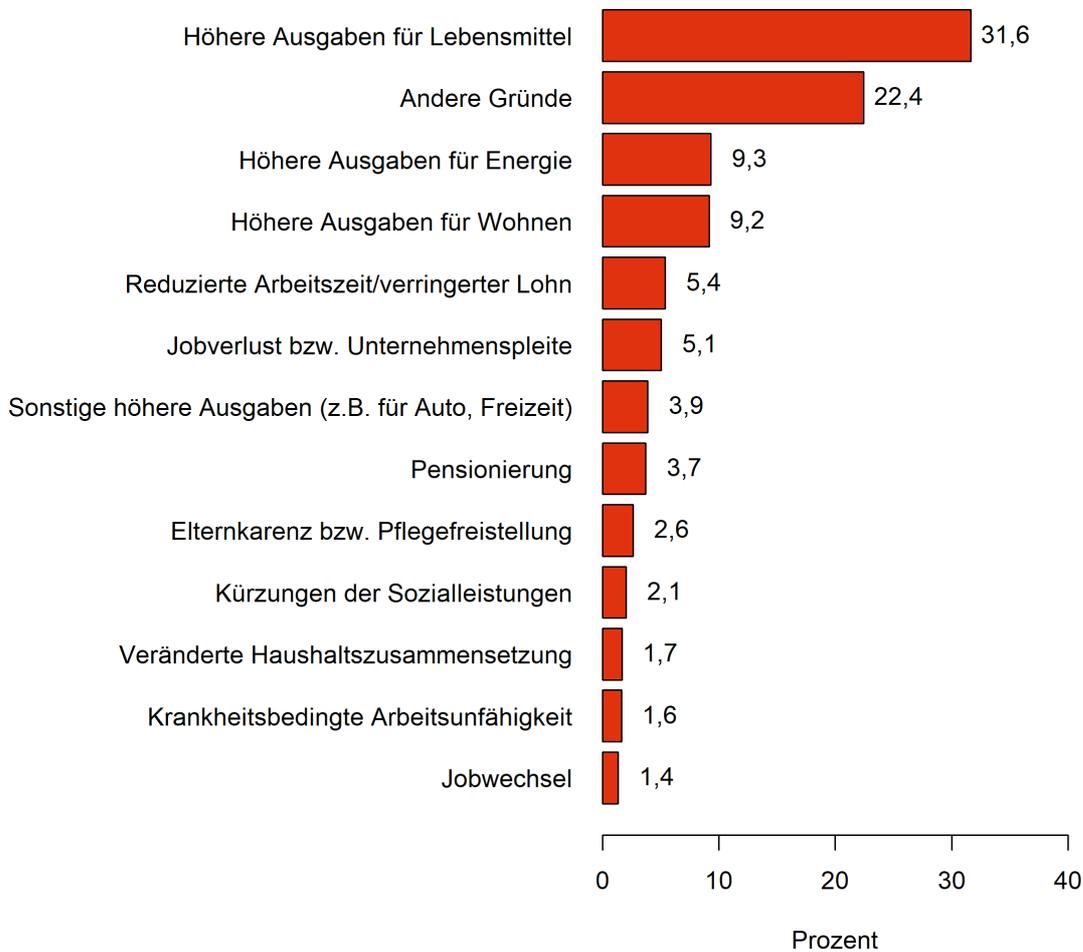


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Kommt Ihr Haushalt heute im Vergleich zu vor zwölf Monaten besser oder schlechter mit dem Haushaltseinkommen aus?“ Antworten: viel schlechter / etwas schlechter / unverändert / etwas besser / viel besser. N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Hauptgrund für schlechteres/besseres Auskommen mit dem Einkommen

Personen, die angaben, dass sie im Vergleich zu vor zwölf Monaten schlechter oder besser mit ihrem Haushaltseinkommen ausgekommen seien, wurden zusätzlich nach dem Hauptgrund hierfür befragt. Unter den 35% der Befragten, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation wahrgenommen haben, wurden am häufigsten gestiegene Ausgaben für Lebensmittel genannt – knapp ein Drittel führte dies als Hauptgrund an. Auffällig ist, dass gestiegene Ausgaben für Lebensmittel im Vergleich zum Vorquartal (Q1/2025) um 8 Prozentpunkte häufiger als Hauptgrund genannt wurden. Weitere zentrale Gründe waren höhere Energiekosten und höhere Wohnkosten – zusammen rund 19% (Abbildung 4). Seltener wurden reduzierte Arbeitszeit oder verringerter Lohn (5%), Jobverlust bzw. Unternehmenspleite (5%) sowie sonstige höhere Ausgaben, etwa für Auto oder Freizeit (4%), genannt. Pensionierung (4%), Elternkarenz oder Pflegefreistellung (3%), Kürzungen der Sozialleistungen (2%) sowie Veränderungen der Haushaltszusammensetzung, krankheitsbedingte Arbeitsunfähigkeit oder ein Jobwechsel (jeweils unter 2%) spielten ebenfalls nur eine geringe Rolle. 22% gaben „andere Gründe“ an, darunter etwa die allgemeine hohe Inflation oder mehrere gleichzeitig wirksame Faktoren. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass vor allem die steigenden Lebenserhaltungskosten sowie höhere Wohn- und Energiekosten maßgeblich zur wahrgenommenen Verschlechterung der Einkommenssituation beigetragen haben, während Einkommenseinbußen eine geringere Rolle spielten.

Abbildung 4: Hauptgrund für schlechteres Auskommen mit dem Einkommen (Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Was ist der Hauptgrund dafür, dass Ihr Haushalt mit dem Haushaltseinkommen schlechter auskommt?“ N (Q2/2025) = 1.314. Gewichtete Ergebnisse.

Von den Befragten, die im zweiten Quartal 2025 eine Verbesserung ihrer finanziellen Situation angaben, nannten 38% gestiegene Löhne oder eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit als Hauptgrund. Für 25% war ein Jobwechsel oder ein neuer Arbeitsplatz ein wesentlicher Grund für die positive Entwicklung. 6% der Befragten berichteten von einer finanziellen Entlastung durch gesunkene Wohn- und Energiekosten (davon gesunkene Wohnkosten: 4%; davon gesunkene Energiekosten: 2%). Zudem wiesen 4% auf eine Erhöhung der Sozialleistungen hin und 4% auf sonstige reduzierte Ausgaben, die zu einer empfundenen Verbesserung ihres finanziellen Spielraums beitrugen. Weitere 22% führten „andere Gründe“ an.

Gesetzte Maßnahmen aufgrund schlechteren Auskommens mit dem Einkommen

Befragte, die im zweiten Quartal 2025 Schwierigkeiten hatten, die laufenden Ausgaben ihres Haushalts zu bestreiten¹⁴ oder angaben, dass sie (viel) schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen ausgekommen seien (50%), wurden zusätzlich gefragt, welche Maßnahmen sie als Reaktion auf das schlechtere Auskommen ergriffen haben. Rund 51% der betroffenen Befragten gaben an, in erster Linie ihre Ausgaben für Lebensmittel, Kleidung sowie andere Waren und Dienstleistungen reduziert zu haben. 28% griffen vorrangig auf ihre Ersparnisse zurück, was gegenüber dem Vorquartal unverändert blieb. Weitere 7% gaben an, sich Geld von Familienangehörigen oder Freund:innen geliehen zu haben, während 3% die Aufnahme eines neuen Kredits oder die Erhöhung eines bestehenden Kredits als wichtigste Maßnahme nannten. Etwa 10% der befragten Personen gaben entweder an, eine andere oder keine Maßnahme aufgrund des schlechteren Auskommens mit dem Haushaltseinkommen gesetzt zu haben.

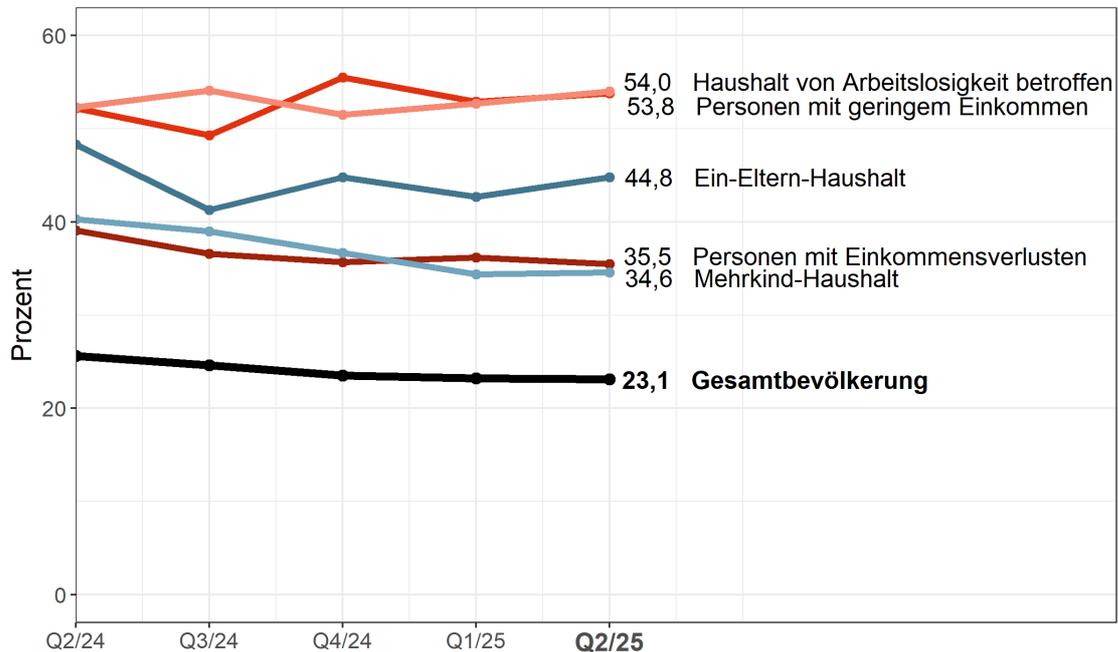
Unerwartete Ausgaben

Um die finanzielle Lage der Befragten der „So geht’s uns heute“-Befragung noch genauer erfassen zu können, wurde außerdem erhoben, ob es für die Befragten möglich sei, unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.570 Euro¹⁵ aus eigenen Mitteln zu begleichen, ohne sich Geld leihen oder eine Ratenzahlung in Anspruch nehmen zu müssen. Insgesamt berichteten 23% der Befragten im zweiten Quartal 2025, dass sie diese Summe nicht ohne Schwierigkeiten aufbringen könnten (Abbildung 5). Besonders stark betroffen sind Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (54%), sowie Personen mit geringem Haushaltseinkommen (54%). Auch Ein-Eltern-Haushalte verzeichnen mit 45% einen deutlich höheren Anteil als die Gesamtbevölkerung. Bei Personen mit Einkommensverlusten liegt der Wert bei 36% und bei Mehrkind-Haushalten bei 35%.

¹⁴ Antwort auf die Frage „Wie schwer oder leicht können Sie mit Ihrem Haushaltseinkommen die laufenden Ausgaben Ihres Haushalts tätigen?“: Sehr schwer/Schwer/Eher schwer

¹⁵ Als Grundlage für die Bemessung der Ausgabenhöhe dient die Armutsgefährdungsschwelle gemäß EU-SILC. Für die Wellen 1–6 wurde ein Schwellenwert von 1.300 Euro angesetzt, für die Wellen 7–9 1.370 Euro, für die Wellen 10–13 1.390 Euro. Ab Welle 14 wurde die Ausgabenhöhe entsprechend der aktuellen Schwelle auf 1.570 Euro angepasst.

Abbildung 5: Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen zu können (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Kann es sich Ihr Haushalt leisten unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.570 EURO aus eigenen Mitteln zu bezahlen, ohne sich etwas zu leihen oder in Raten zu zahlen?“ Antwort: nein. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Indikatoren für materielle und soziale Deprivation

Von materieller und sozialer Deprivation spricht man dann, wenn sich Personen bestimmte Waren, Dienstleistungen oder soziale Tätigkeiten, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden, aus finanziellen Gründen nicht mehr leisten können (Eurostat 2022). Materielle und soziale Deprivation bezeichnet somit eine Situation, in der ein erheblicher Mangel an Notwendigem vorliegt. Für die vorliegenden Auswertungen wurden 13 Kriterien für Deprivation herangezogen (Tabelle 3).

In der 15. Befragungswelle gaben 39% der befragten 18- bis 74-Jährigen an, dass sie sich mindestens eines der 13 Deprivationsmerkmale nicht leisten konnten. Für 12% der Befragten waren fünf oder mehr dieser Merkmale finanziell nicht möglich, während 5% sogar sieben oder mehr Deprivationsmerkmale aufwiesen. Im Vergleich zum Vorjahr

(Q2/2024: 42% mit zumindest einem Deprivationsmerkmal) ist der Anteil der von sozialer und materieller Deprivation Betroffenen damit leicht zurückgegangen.

Laut eigener Angabe konnten sich im zweiten Quartal 2025 rund 22% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren keinen einwöchigen Urlaub im Jahr leisten. In vulnerablen Gruppen fällt dieser Anteil deutlich höher aus: 55% der Personen mit geringem Haushaltseinkommen konnten sich keinen Urlaub leisten. Auch unter Personen aus Haushalten mit Arbeitslosigkeit (48%) sowie Ein-Eltern-Haushalten (45%) war diese Einschränkung besonders häufig. Regelmäßige Freizeitaktivitäten wie Sportkurse, Konzerte oder Restaurantbesuche waren für 20% der 18- bis 74-Jährigen aus finanziellen Gründen nicht möglich. Geringere Anteile zeichnen sich in den anderen Kategorien ab: Für 15% war es schwierig, abgenützte Möbel zu ersetzen. 14% der Befragten war es finanziell nicht möglich, sich zumindest einmal pro Woche eine Kleinigkeit, wie etwa ein Eis oder einen Kinobesuch, zu gönnen und für 9% der Befragten war es nicht leistbar, sich zumindest einmal im Monat mit Freund:innen, Verwandten oder Bekannten zum Essen oder Trinken zu verabreden, sei es im eigenen Zuhause oder auswärts. Diese ausgewiesenen Anteile blieben seit dem letzten Quartal (Q1/2025) konstant. Darüber hinaus berichteten 6% der Befragten, dass es ihrem Haushalt nicht möglich sei, die Wohnung oder das Haus angemessen warm zu halten. Weitere 5% gaben an, sich nicht leisten zu können, jeden zweiten Tag eine Hauptmahlzeit (mit Fleisch, Fisch oder vegetarisch) zu sich zu nehmen.

Trotz des insgesamt leichten Rückgangs der Deprivationsraten gegenüber dem Vorjahr zeigt sich, dass bestimmte Güter und Dienstleistungen für einen erheblichen Teil der Bevölkerung weiterhin nicht selbstverständlich leistbar sind. Besonders betroffen bleiben vulnerable Haushaltsgruppen.

Tabelle 3: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation für die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)

Was nicht leistbar ist:	Q2/2024	Q1/2025	Q2/2025
Wohnkosten, Kredit... pünktlich zahlen	6,1%	5,7%	4,8%
Unerwartete Ausgaben	25,6%	23,2%	23,1%
Jährlicher Urlaub	25,7%	22,3%	22,3%
Regelmäßige Freizeitaktivitäten	22,2%	20,0%	19,9%
Ersetzen abgenutzter Möbel	16,4%	15,2%	15,4%
Sich Kleinigkeiten gönnen	14,0%	13,9%	13,5%
Privater PKW	8,8%	8,3%	7,4%
Wohnung warm halten	6,9%	5,8%	6,1%
Hauptgericht jeden 2. Tag	7,1%	5,1%	5,1%
Ersetzen abgetragener Kleidung	7,9%	6,3%	6,7%
Mind. 1x/Monat Freund:innen treffen	10,6%	9,2%	9,3%
zwei Paar Alltagsschuhe	3,7%	2,6%	2,4%
Internetverbindung	1,0%	0,8%	0,7%
1+ Deprivationsmerkmale aus 13	42,0%	40,2%	38,7%
5+ Deprivationsmerkmale aus 13	13,5%	11,8%	11,9%
7+ Deprivationsmerkmale aus 13	7,0%	5,0%	5,3%

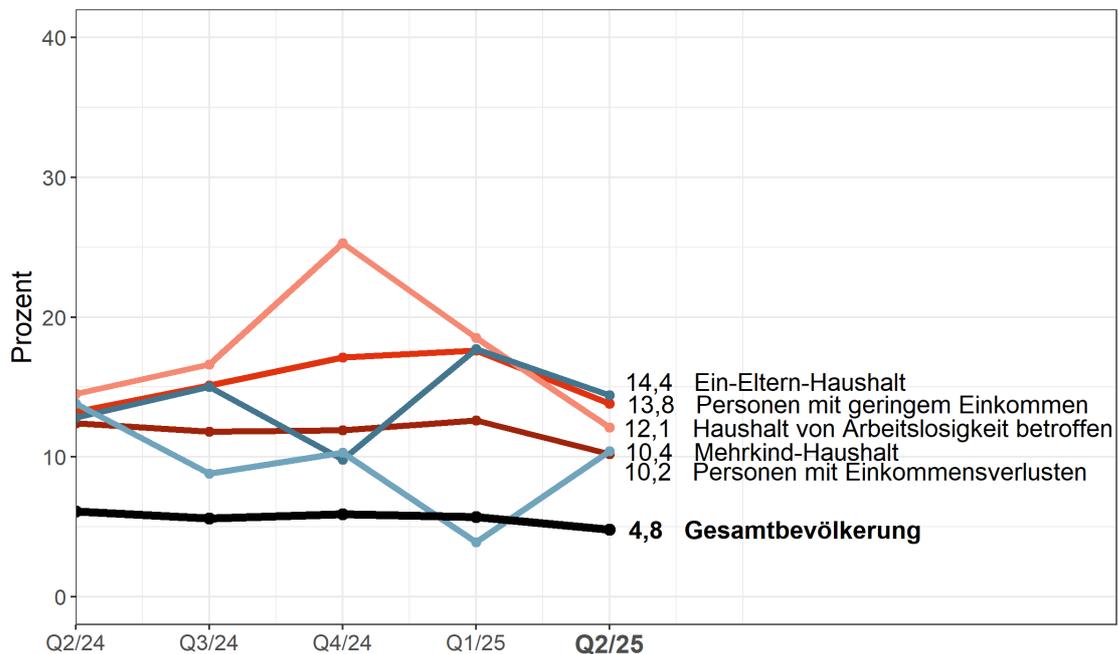
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Indikatoren zur sozialen und materiellen Deprivation. Nähere Angaben zu den abgefragten Gütern / Bedürfnissen finden sich unter „Erläuterungen und Definitionen“. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Zahlungsverzug

Um mögliche finanzielle Schwierigkeiten genauer erfassen zu können, wurde im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung erhoben, ob die Befragten in dem der Erhebung vorangegangenen Quartal aufgrund finanzieller Engpässe mit der Zahlung der Miete, der Wohnnebenkosten, der Betriebskosten, eines Wohnkredits oder eines Konsumkredits in

Verzug geraten waren. Im zweiten Quartal 2025 gaben rund 5% der Befragten aus der Gesamtbevölkerung an, dass sie zumindest bei einer dieser Zahlungen in Rückstand geraten waren (Abbildung 6). Dieser Anteil ist gegenüber dem Vorquartal (Q1/2025) leicht gesunken und liegt weiterhin deutlich unter den Werten der vulnerablen Gruppen. Besonders hoch zeigt sich die Betroffenheit bei Ein-Eltern-Haushalten (14%) sowie bei Personen mit geringem Einkommen (14%). Auch Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind (12%) sowie Personen mit Einkommensverlusten (10%) liegen klar über dem Wert der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich zum Vorquartal (Q1/2025) zeigt sich jedoch ein Rückgang bei Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, und auch bei Personen mit Einkommensverlusten ist ein leichter Rückgang zu beobachten. Demgegenüber verzeichnen Mehrkind-Haushalte einen Anstieg um etwa 4 Prozentpunkte und liegen mit 10% deutlich über dem Wert des Vorquartals. Insgesamt deutet sich zwar eine leichte Entspannung an, doch bleiben die Belastungen in allen vulnerablen Gruppen auf einem deutlich erhöhten Niveau.

Abbildung 6: Zahlungsverzug im jeweils vorangegangenen Quartal (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Ist es im vorangegangenen Quartal ein- oder mehrmals passiert, dass Ihr Haushalt aufgrund finanzieller Engpässe Miete, Wohnnebenkosten, Betriebskosten, Wohnkredit oder einen Konsumkredit nicht pünktlich bezahlen konnte?“ – Zahlungsverzug zumindest einmal vorgekommen. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Subjektive Wohnkostenbelastung

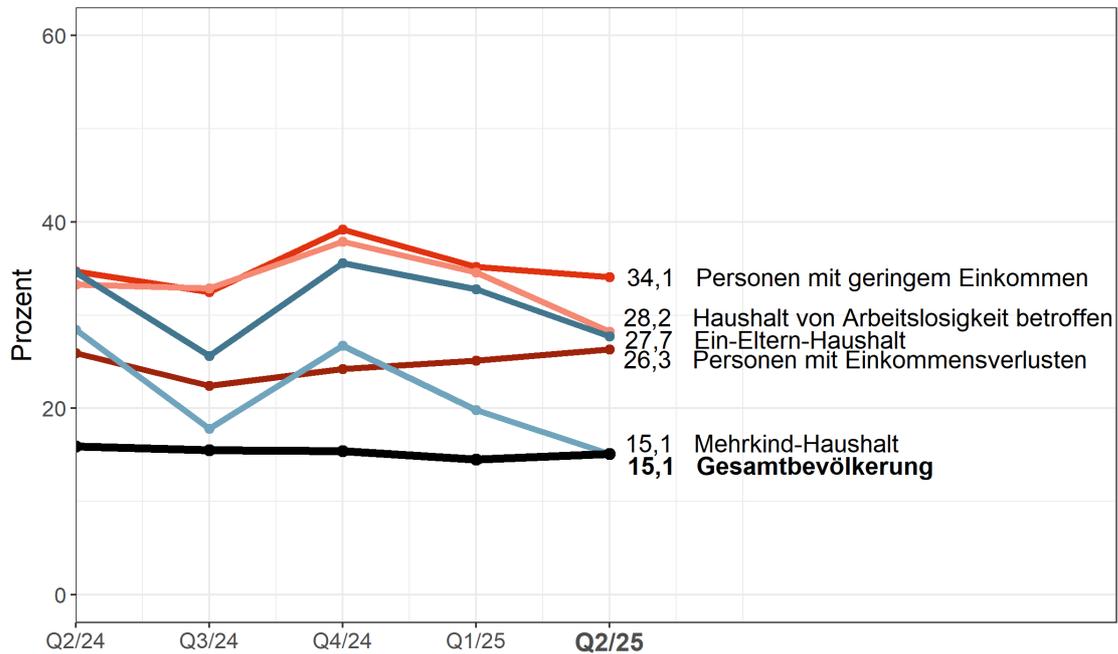
Da die Wohnkosten insbesondere für vulnerable Gruppen einen der größten Ausgabenposten darstellen (Statistik Austria 2021), wird im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung auch die subjektive Wohnkostenbelastung erhoben. Die Wohnkosten setzen sich je nach Wohnsituation aus der Miete oder einem etwaigen Wohnkredit, den Wohnnebenkosten wie Strom, Gas, Heizung und Reparaturen sowie den anfallenden Betriebskosten wie Wasser-, Müll- und Kanalgeldern zusammen. Im zweiten Quartal 2025 gaben rund 15% der Befragten im Alter von 18 bis 74 Jahren an, dass sie durch Wohnkosten finanziell stark belastet waren (Abbildung 7). Dieser Wert bleibt damit im Vergleich zum Vorquartal (Q1/2025: 15%) stabil und liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Für vulnerable Gruppen fällt die Wohnkostenbelastung jedoch deutlich höher aus. Am

stärksten betroffen sind weiterhin Personen mit geringem Einkommen mit rund 34%. In Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sowie in Ein-Eltern-Haushalten liegt der Anteil jeweils bei 28% und ist damit im Vergleich zum Vorquartal um 7 bzw. 5 Prozentpunkte zurückgegangen. Bei Personen mit Einkommensverlusten beträgt der Anteil 26%. Mehrkind-Haushalte weisen mit 15% einen vergleichbaren Wert wie die Gesamtbevölkerung auf. Insgesamt zeigt sich, dass sich die Wohnkostenbelastung im Frühjahr 2025 zwar leicht unter dem Niveau des Vorjahres bewegt, die Unterschiede zwischen vulnerablen Gruppen aber weiterhin ausgeprägt sind.

Bei der Betrachtung der Wohnkosten nach Wohnform zeigen sich im zweiten Quartal 2025 deutliche Unterschiede: 22% der Mieter:innen empfanden die Wohnkosten als erhebliche finanzielle Belastung, während dieser Anteil bei Eigentümer:innen bei knapp 11% liegt. Eine weitere Differenzierung nach der Art des Mietverhältnisses zeigt, dass 30% der Mieter:innen in Gemeindewohnungen, 18% der Mieter:innen in Genossenschaftswohnungen und 22% der Mieter:innen in anderen Wohnverhältnissen von einer schweren finanziellen Belastung durch Wohnkosten berichteten. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2024 sank die subjektive Wohnkostenbelastung für Eigentümer:innen sowie für Mieter:innen in Genossenschaftswohnungen, während sie in Gemeindewohnungen wieder zunahm. Für privat vermietete Wohnräume blieb die Belastung hingegen nahezu unverändert. Zudem waren Stadtbewohner:innen deutlich häufiger von hohen Wohnkostenbelastungen betroffen als Bewohner:innen ländlicher Gebiete (19% vs. 11%), was auf den höheren Mietanteil in Ballungszentren zurückzuführen ist.

Im Jahresvergleich ist seit dem zweiten Quartal 2024 eine tendenziell rückläufige wahrgenommene Wohnkostenbelastung zu beobachten. Diese Entwicklung dürfte weniger auf eine Entspannung bei den laufenden Ausgaben für Wohnen, Wasser und Energie zurückzuführen sein, sondern vielmehr auf eine verbesserte Einkommenssituation sowie auf das Einfrieren der Mieten im regulierten Bereich (Parlament 2025), das den weiteren Anstieg der Mietkosten insbesondere für Bewohner:innen von Altbau-, Genossenschafts- und Gemeindewohnungen gebremst hat. Trotzdem bleibt das Belastungsniveau in den meisten vulnerablen Gruppen hoch, was auf eine anhaltende finanzielle Überforderung in diesen Haushalten hinweist.

Abbildung 7: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete/Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Sind diese für Ihren Haushalt...“ Antwort: eine schwere finanzielle Belastung. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Schwerpunktkapitel: Politische Teilhabe

Die 15. Welle der „So geht’s uns heute“-Befragung legt einen Schwerpunkt auf die politische Teilhabe. Die Ergebnisse zeigen, dass sich rund ein Fünftel der Bevölkerung sehr stark für Politik interessiert, und zusätzlich nahezu die Hälfte ein gewisses Interesse bekundete. Zugleich gab ein Großteil der Befragten an, sich politisch nicht repräsentiert zu fühlen und den Eindruck zu haben, dass ihre Stimme ungehört bleibt. Im Wohn- sowie im Arbeits- bzw. Ausbildungsumfeld erleben viele Menschen ihre Einflussmöglichkeiten dagegen stärker und gaben häufiger an, durch ihr eigenes Handeln etwas bewirken zu können. Es bestehen deutliche Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen: Politisches Interesse und das Ausmaß wahrgenommener politischer Repräsentation variieren insbesondere nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zu vulnerablen Gruppen. Während die Mehrheit der Bevölkerung an Wahlen teilnimmt, spielen andere Formen politischen Engagements nur eine untergeordnete Rolle.

Im Rahmen der 15. Welle der „So geht’s uns heute“-Befragung wurden erstmals verschiedene Formen politischer Teilhabe untersucht. Darunter werden jene Formen des Mitwirkens verstanden, die Bürger:innen in demokratischen Prozessen ausüben – von der Teilnahme an Wahlen über die Unterstützung von Petitionen bis hin zu Formen digitaler Beteiligung. Ergänzend wurden das politische Interesse sowie das subjektive Erleben von Einfluss und Repräsentation erhoben. Insgesamt rücken damit drei Dimensionen politischer Teilhabe in den Fokus: das Interesse an Politik, die Teilnahme an politischen Aktivitäten und die Wahrnehmung eigener Wirksamkeit – also das Gefühl, mit der eigenen Stimme gehört und den eigenen Interessen vertreten zu sein sowie im unmittelbaren Lebensumfeld etwas bewirken zu können.

Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt mit besonderem Augenmerk auf vulnerable Gruppen. Ergänzend werden in einzelnen Grafiken Unterschiede nach Staatsbürgerschaft sowie nach Bildungsniveau ausgewiesen. Diese Dimensionen sind insofern bedeutsam, als fehlende österreichische Staatsbürgerschaft mit eingeschränkten formalen Rechten der

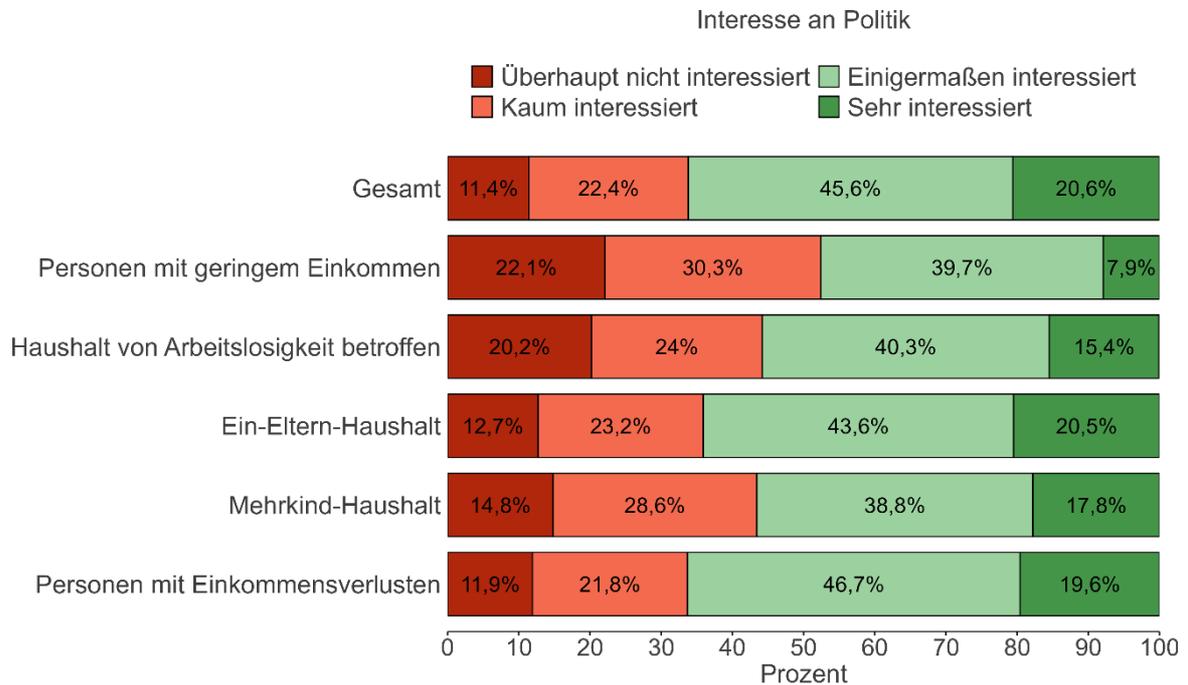
politischen Mitgestaltung verbunden ist, während ein niedrigeres formales Bildungsniveau oder ökonomische Verwundbarkeit häufig mit geringerer Teilhabe trotz vorhandener Rechte einhergehen (Habersack et al., 2023; Walter & Rosenberger, 2007).

Politisches Interesse

Im zweiten Quartal 2025 gaben 21% der Bevölkerung im Alter von 18 bis 74 Jahren an, sehr an Politik interessiert zu sein und 46% bekundeten ein gewisses Interesse (Abbildung 8). Rund ein Drittel zeigte dagegen nur geringes (22%) oder gar kein Interesse (11%). Besonders niedrig ist das Interesse in einkommensschwachen Gruppen: Unter Personen mit niedrigem Einkommen bezeichneten sich nur 8% als sehr interessiert, 22% äußerten überhaupt kein Interesse. Ähnliche Muster zeigen sich in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten, wo 20% keinerlei Interesse bekundeten. Personen mit Einkommensverlusten lagen hingegen näher an der Gesamtbevölkerung: 12% zeigten gar kein, 20% starkes Interesse (Gesamtbevölkerung: 11 % bzw. 21 %). Ein mittleres Interesse an Politik („einigermaßen interessiert“) ist auch in den vulnerablen Gruppen weit verbreitet, bleibt jedoch meist etwas unter dem Niveau der Gesamtbevölkerung (46%).

Darüber hinaus zeigen sich Unterschiede nach Geschlecht und Altersgruppen. Männer bekundeten häufiger ein starkes politisches Interesse (26%) als Frauen (15%), während Frauen zugleich häufiger gänzlich desinteressiert waren (14% gegenüber 9% der Männer). Auch zwischen den Altersgruppen gibt es Unterschiede: In der Gruppe der 18- bis 29-Jährigen äußerten 18% ein starkes Interesse an Politik, bei den 55- bis 74-Jährigen waren es 27%. Gleichzeitig ist der Anteil der politisch Desinteressierten in dieser älteren Gruppe mit 5% am geringsten. Diese Unterschiede könnten sowohl mit zunehmendem Alter als auch mit generationenspezifischen Prägungen zusammenhängen.

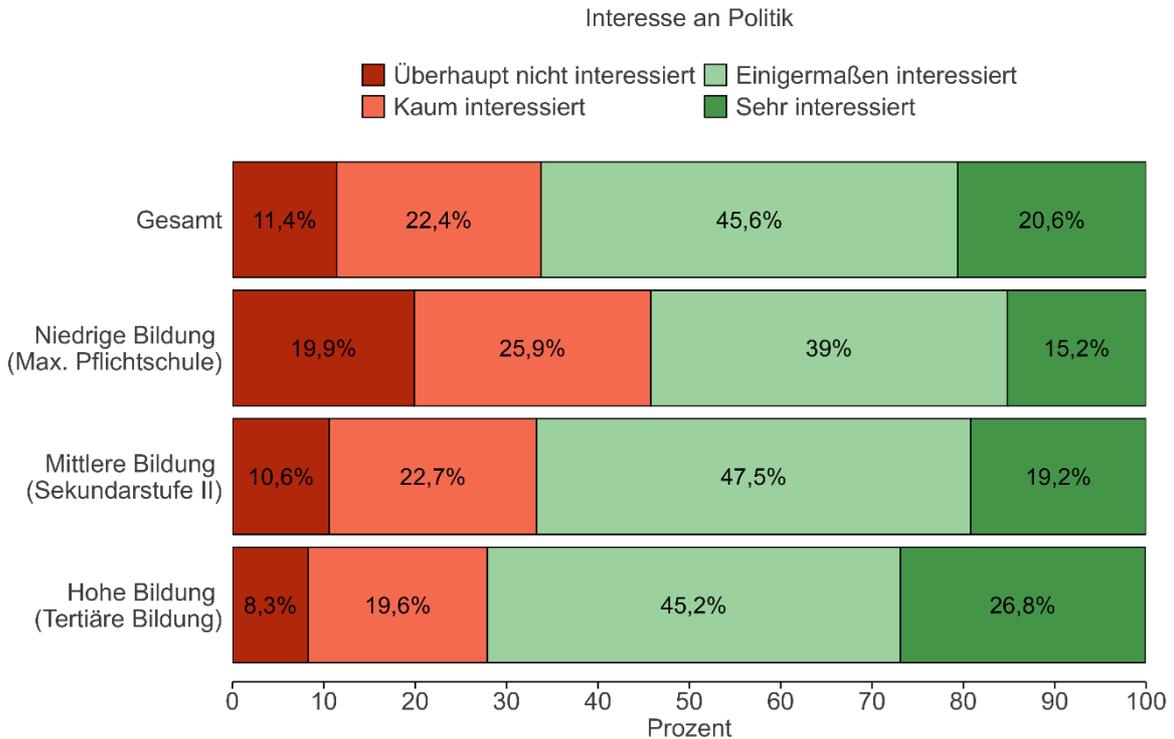
Abbildung 8: Politisches Interesse nach vulnerablen Gruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert?“ Antworten: Überhaupt nicht interessiert / kaum interessiert / einigermaßen interessiert / sehr interessiert. N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Mit Blick auf das formale Bildungsniveau zeigen sich deutliche Unterschiede im politischen Interesse. Während in der Gesamtbevölkerung 21% der Befragten ein starkes Interesse an Politik äußerten, liegt dieser Anteil unter Hochschulabsolvent:innen mit rund 27% deutlich höher (Abbildung 9). Gleichzeitig ist in dieser Gruppe der Anteil der völlig Desinteressierten mit 8% am geringsten (Gesamt: 11%). Ein anderes Bild zeigt sich bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss: Hier gaben nur rund 15% an, sehr interessiert zu sein, während 20% keinerlei Interesse an Politik äußerten. In der Gruppe mit Maturaabschluss (Sekundarstufe II) liegen die Werte insgesamt nahe an jenen der Gesamtbevölkerung. Damit wird deutlich: Je höher das Bildungsniveau, desto ausgeprägter das politische Interesse.

Abbildung 9: Politisches Interesse nach Bildungsniveau



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wie sehr sind Sie persönlich an Politik interessiert?“ Antworten: Überhaupt nicht interessiert / kaum interessiert / einigermaßen interessiert / sehr interessiert. N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Politische Aktivitäten

Zur Erfassung politischer Aktivitäten wurden die Befragten gebeten anzugeben, ob sie in den vergangenen zwölf Monaten in bestimmten Bereichen politisch aktiv waren – etwa ob sie an Wahlen teilgenommen oder eine politische Petition unterschrieben haben. Tabelle 3 zeigt den Anteil der Befragten, die die jeweilige Aktivität ausgeübt haben. Zusätzlich wird dargestellt, wie viele Personen keine, mindestens eine, drei oder fünf verschiedene Aktivitäten angaben. Auf diese Weise lässt sich einschätzen, in welchem Umfang politische Aktivitäten verfolgt werden.

Mit 77% gaben die meisten Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten an einer Wahl teilgenommen zu haben. Dieser Wert liegt in etwa auf dem Niveau der Wahlbeteiligung bei der Nationalratswahl 2024 (77,7%). Dabei ist jedoch zu beachten, dass nicht gezielt nach dieser Wahl gefragt wurde und sich die Angaben auch auf andere

Wahlen wie Landtags-, ÖH- oder Auslandswahlen beziehen können, die ebenfalls im erfragten Zeitraum stattgefunden haben¹⁶. Neben der Wahlteilnahme wurden am häufigsten das Unterschreiben von Petitionen (23%) sowie das Teilen politischer Inhalte in sozialen Medien (18%) genannt. Deutlich seltener nannten die Befragten andere Formen politischer Aktivität: Nur jeweils 5-6% gaben an, einen Politiker oder eine Politikerin kontaktiert, in einer Partei mitgewirkt, an einer Demonstration teilgenommen oder sonstige politische Aktivitäten ausgeübt zu haben.

Rund 78% der Befragten gaben an, in den letzten zwölf Monaten zumindest eine politische Aktivität ausgeübt zu haben. Deutlich weniger waren in mehreren Bereichen aktiv: Etwa 15% berichteten von mindestens drei Aktivitäten, nur rund 2% von mindestens fünf. Zugleich zeigt sich, dass 23% keinerlei politische Aktivitäten ausübten. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sich politisches Engagement vor allem durch die Teilnahme an Wahlen ausdrückt, während andere Formen der Beteiligung nur von einer kleinen Minderheit genutzt werden.

¹⁶ Personen, die angaben, in den letzten zwölf Monaten für keine Wahl wahlberechtigt gewesen zu sein, wurden bei dieser Auswertung nicht berücksichtigt.

Tabelle 3: Politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten

Politische Aktivität:	Anteil der Befragten, die folgende Aktivität in den letzten 12 Monaten ausgeübt haben
an Wahlen teilgenommen	76,8%
Petition unterschrieben	23,2%
Politische Inhalte auf Social Media geteilt	17,5%
Politiker:in kontaktiert	5,6%
in Partei mitgewirkt	5,5%
an Demonstration teilgenommen	4,7%
Sonstige politische Aktivitäten¹⁷	4,9%
Keine Aktivität ausgeübt	22,5%
Zumindest eine Aktivität ausgeübt¹⁸	77,5%
Zumindest drei Aktivitäten ausgeübt	14,7%
Zumindest fünf Aktivitäten ausgeübt	1,8%

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten. N = 3.847. Für die Kategorie „An Wahlen teilgenommen“ beträgt N = 3.684 (Personen, die angaben, bei keiner Wahl in den letzten 12 Monaten wahlberechtigt gewesen zu sein, wurden ausgeschlossen). Gewichtete Ergebnisse.

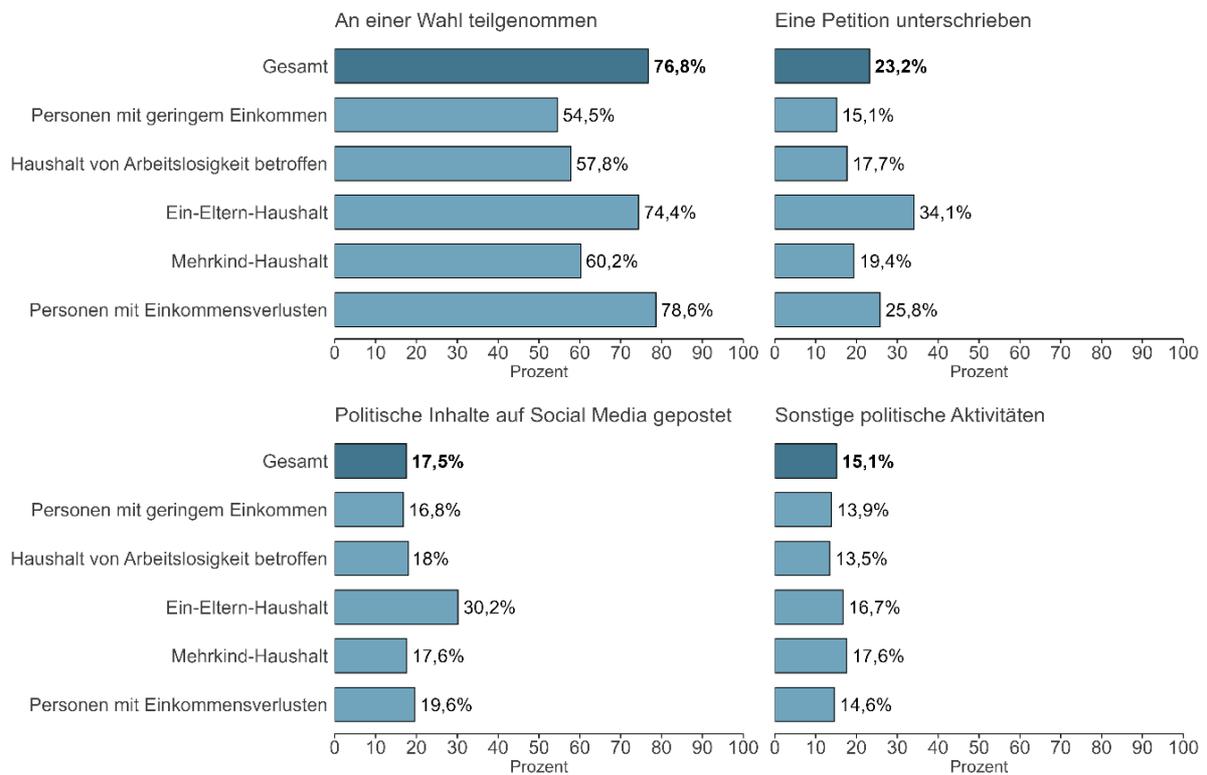
Abbildung 10 zeigt die politischen Aktivitäten der letzten zwölf Monate nach vulnerablen Gruppen. Dargestellt sind die drei häufigsten Aktivitäten – Wahlteilnahme, das Unterschreiben von Petitionen sowie das Teilen politischer Inhalte auf sozialen Medien –, während seltener genannte Aktivitäten unter „sonstige politische Aktivitäten“ zusammengefasst wurden. Insgesamt zeigt sich, dass die meisten vulnerablen Gruppen in geringerem Ausmaß politisch aktiv sind als die Gesamtbevölkerung. Besonders deutlich wird dies bei der Wahlteilnahme: Während 77% der Gesamtbevölkerung angaben, gewählt zu haben, lag der Anteil bei Personen mit geringem Einkommen (55%) und in von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten (58%) deutlich darunter. Ein ähnliches Bild zeigt

¹⁷ Unter sonstigen Beteiligungsformen fallen unter anderem Aktivitäten wie Diskussion über Politik, Beteiligung an einer politischen Versammlung oder ehrenamtliche Tätigkeiten

¹⁸ Personen, die angaben, in den letzten zwölf Monaten für keine Wahl wahlberechtigt gewesen zu sein, wurden bei der Auswertung von „zumindest eine/drei/fünf Aktivitäten ausgeübt“ hinsichtlich der Variable „an Wahlen teilgenommen“ als „Aktivität nicht ausgeübt“ behandelt.

sich beim Unterschreiben von Petitionen, wo die Anteile vulnerabler Gruppen ebenfalls meist unter dem Wert der Gesamtbevölkerung (24%) liegen. Hervor sticht jedoch die Gruppe der Ein-Eltern-Haushalte: 34% gaben an, eine Petition unterzeichnet zu haben, und rund 30% teilten politische Inhalte in sozialen Medien – beides deutlich über den Werten der Gesamtbevölkerung. Auffällig ist zudem, dass auch Personen mit Einkommensverlusten vergleichsweise häufig politisch aktiv waren.

Abbildung 10: Politische Aktivitäten nach vulnerablen Gruppen in den letzten 12 Monaten



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Politische Aktivitäten in den letzten 12 Monaten. N = 3.847. Für die Kategorie „An Wahlen teilgenommen“ beträgt N = 3.684 (Personen, die angaben, bei keiner Wahl wahlberechtigt gewesen zu sein, wurden ausgeschlossen). Gewichtete Ergebnisse.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein Großteil der Befragten in Österreich – abgesehen von der Wahlteilnahme – in den letzten zwölf Monaten nur wenige politische Aktivitäten ausgeübt hat. Etwas höhere Anteile finden sich bei niedrigschwelligen Beteiligungsformen wie dem Unterschreiben von Petitionen oder dem Teilen politischer Inhalte in sozialen Medien. Dies deutet darauf hin, dass institutionalisierte Beteiligungsformen wie Wahlen stark gesellschaftlich verankert sind und leicht

zugängliche Formen der Mitwirkung für viele Menschen ebenfalls attraktiv erscheinen. Bei anderen Formen politischer Partizipation könnten hingegen Hürden wie Unsicherheit, mangelnde Information, Frustration oder fehlende zeitliche Ressourcen eine Rolle spielen.

Wahrnehmung der eigenen Wirksamkeit

Die Wahrnehmung der eigenen Wirksamkeit bezieht sich nachfolgend einerseits auf die subjektive Einschätzung, politisch repräsentiert zu sein, und andererseits auf das Gefühl, durch das eigenes Handeln im direkten Lebensumfeld etwas bewirken zu können.

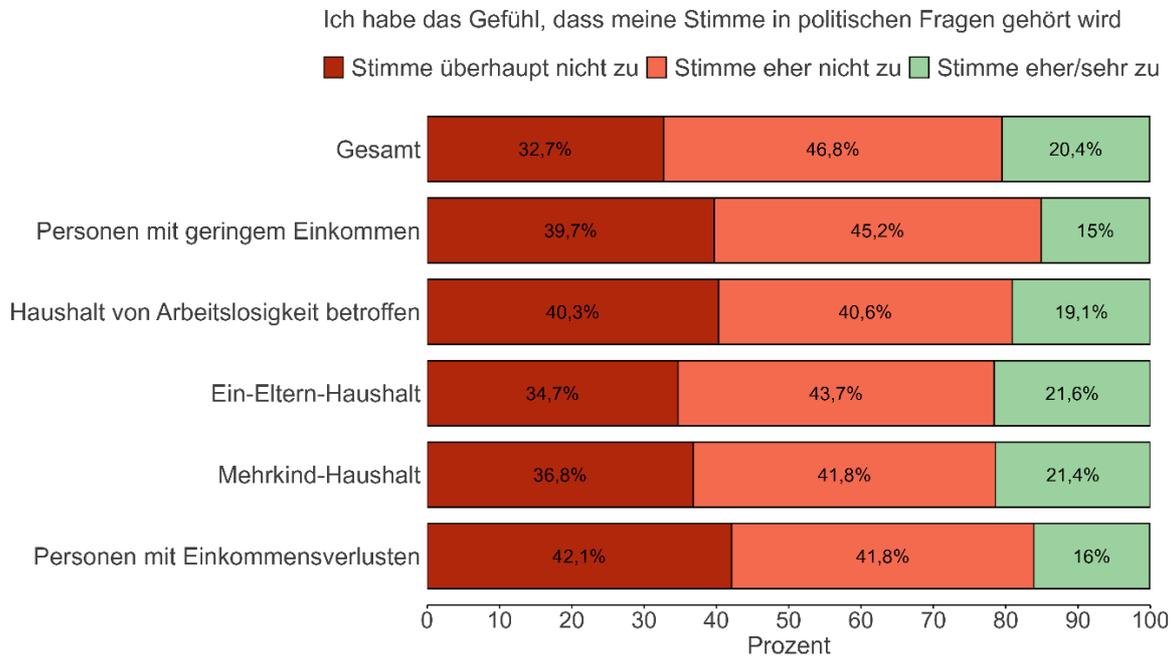
Politische Stimme und Vertretung der eigenen Interessen

Ein Drittel aller Befragten (33%) gab an, sich in politischen Fragen überhaupt nicht gehört zu fühlen, und fast die Hälfte (47%) fühlte sich eher nicht gehört. Damit äußerte die große Mehrheit (81%) ein geringes Maß an politischer Wirksamkeit. Nur 20% stimmten der Aussage „Ich habe das Gefühl, dass meine Stimme in politischen Fragen gehört wird.“ eher oder sehr zu.

In den vulnerablen Gruppen fällt die subjektive Einschätzung noch negativer aus: 42% der Personen mit Einkommensverlusten und 40% derer aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten gaben an, sich überhaupt nicht gehört zu fühlen. Auch in Ein-Eltern- und Mehrkind-Haushalten liegt der Anteil geringer Zustimmung („überhaupt nicht“ und „eher nicht“) jeweils über 75%. Die Zustimmungswerte („stimme eher/sehr zu“) fallen hingegen deutlich niedriger aus und reichen von 15% bei Personen mit geringem Einkommen bis zu rund 21-22% in Ein-Eltern- und Mehrkind-Haushalten (Abbildung 11)¹⁹.

¹⁹ In den Abbildungen 11-16 wurden die Antwortkategorien „Stimme eher zu“ und „Stimme sehr zu“ zusammengefasst, da die Zahl der Personen mit starker Zustimmung zu gering war, um statistisch verlässliche Ergebnisse auszuweisen.

Abbildung 11: Subjektive Einschätzung, in politischen Fragen gehört zu werden nach vulnerablen Gruppen.



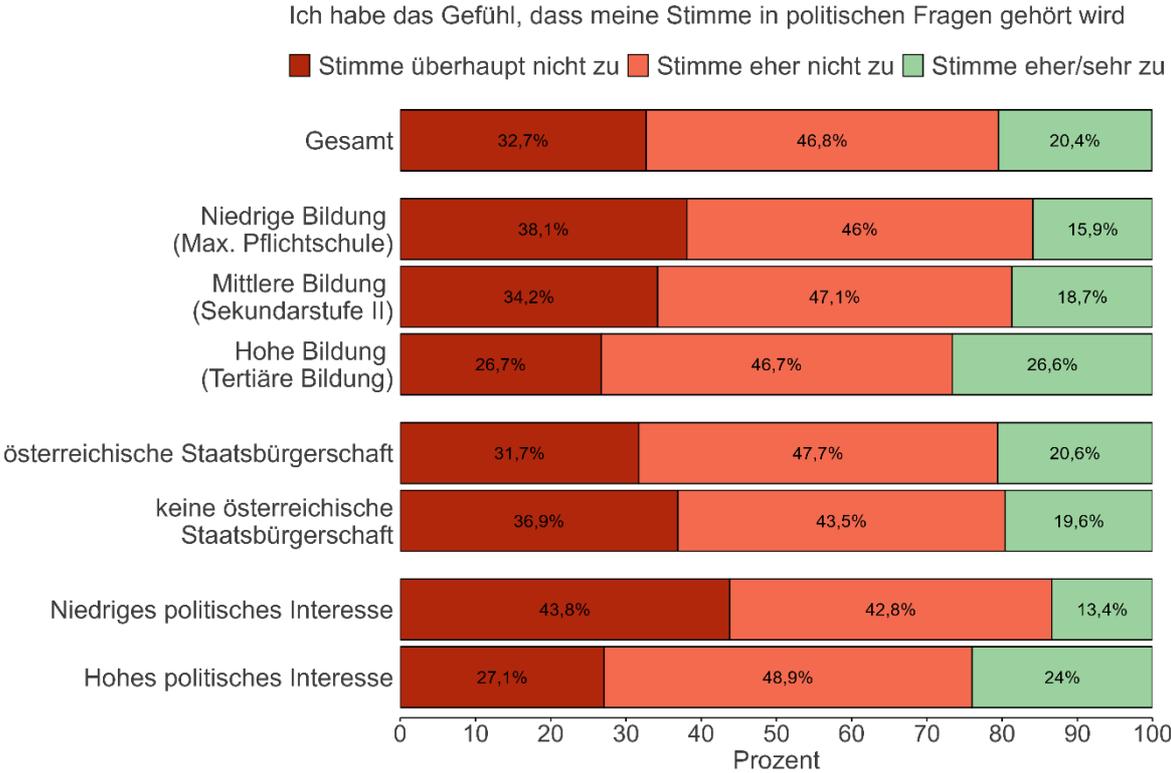
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Ich habe das Gefühl, dass meine Stimme in politischen Fragen gehört wird.“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / Stimme eher nicht zu / Stimme eher zu / Stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „Stimme eher zu“ und „Stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Wie auch beim politischen Interesse zeigen sich in der Einschätzung, in politischen Fragen gehört zu werden, Unterschiede nach formalem Bildungsniveau. Personen mit hoher Bildung gaben häufiger an, sich eher oder sehr (27%) gehört zu fühlen als Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (16%). Gleichzeitig ist der Anteil derer, die sich überhaupt nicht gehört fühlen, in dieser Bildungsgruppe besonders hoch (38%).

Nach Staatsbürgerschaft zeigen sich nur geringe Unterschiede (Abbildung 12). Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft gaben etwas häufiger an, sich überhaupt nicht gehört zu fühlen (37%) als Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft (32%). Angesichts des Umstands, dass Nicht-Staatsbürger:innen von formalen politischen Mitgestaltungsrechten ausgeschlossen sind und z.B. nicht wählen dürfen, fallen diese Unterschiede überraschend gering aus. Insgesamt bleibt das Gefühl politischer Repräsentation in beiden Gruppen schwach ausgeprägt.

Neben Bildungsniveau und Staatsbürgerschaft wurde auch das Ausmaß des politischen Interesses berücksichtigt. Hier zeigt sich der deutlichste Unterschied: Unter Personen mit geringem politischem Interesse (kaum oder gar nicht interessiert) fühlten sich über 87% nicht gehört, davon 44% überhaupt nicht. Unter Befragten mit höherem politischem Interesse (einigermaßen oder sehr interessiert) gaben hingegen 24% an, sich eher oder sehr gehört zu fühlen. Trotz dieses starken Zusammenhangs bleibt die Richtung des Zusammenhangs unklar: Geringes Interesse kann dazu führen, dass man sich weniger informiert und folglich weniger gehört fühlt – ebenso gut kann ein mangelndes Gefühl politischer Repräsentation das Interesse schwächen. Es ist daher denkbar, dass hier ein wechselseitiger Prozess besteht, bei dem geringes Interesse und das Gefühl, nicht gehört zu werden, sich gegenseitig verstärken.

Abbildung 12: Subjektive Einschätzung, in politischen Fragen gehört zu werden nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politisches Interesse

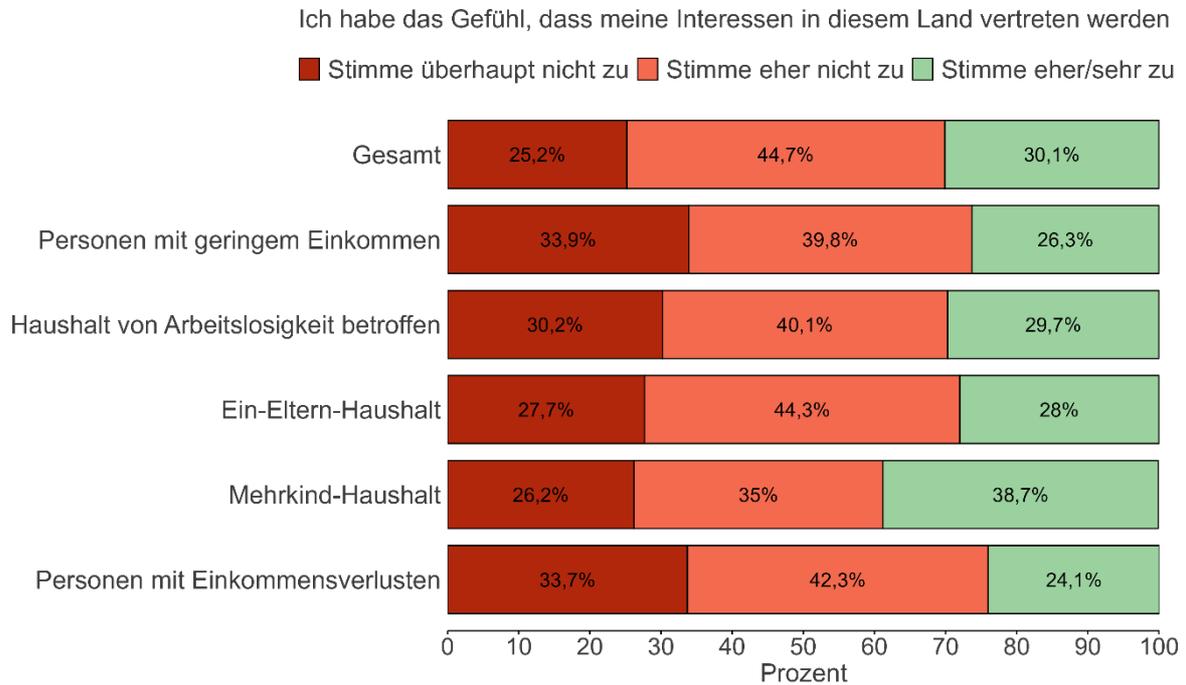


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Ich habe das Gefühl, dass meine Stimme in politischen Fragen gehört wird.“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / stimme eher zu / stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Auch bei der Frage, ob die eigenen Interessen im Land vertreten werden (Abbildung 13), zeigt sich ein insgesamt kritisches Bild. In der Gesamtbevölkerung stimmten 25% der Aussage überhaupt nicht zu und 45% eher nicht. Damit sahen rund 70% der Befragten ihre Interessen nicht ausreichend repräsentiert. Nur 31% der 18- bis 74-Jährigen hatten das Gefühl, dass ihre Interessen vertreten werden.

Besonders stark ausgeprägt ist dieses Empfinden bei Personen mit Einkommensverlusten: 34% gaben an, sich überhaupt nicht vertreten zu fühlen, weitere 42% stimmten eher nicht zu. Mit insgesamt 76% weist diese Gruppe den höchsten Wert unter allen betrachteten Gruppen auf. Auch bei Personen mit geringem Einkommen liegt der Anteil jener, die ihre Interessen im Land überhaupt nicht oder eher nicht vertreten sehen (74%), über dem Wert der Gesamtbevölkerung (70%). Positiver fällt die Einschätzung in Mehrkind-Haushalten aus: Knapp 39% gaben an, ihre Interessen eher oder sehr vertreten zu sehen – der höchste Zustimmungswert in der Grafik. Personen aus Ein-Eltern-Haushalten bewegen sich hingegen im Bereich der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 13: Subjektive Einschätzung, dass eigene Interessen im Land vertreten werden nach vulnerablen Gruppen



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Ich habe das Gefühl, dass meine Interessen in diesem Land vertreten werden.“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / stimme eher zu / stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

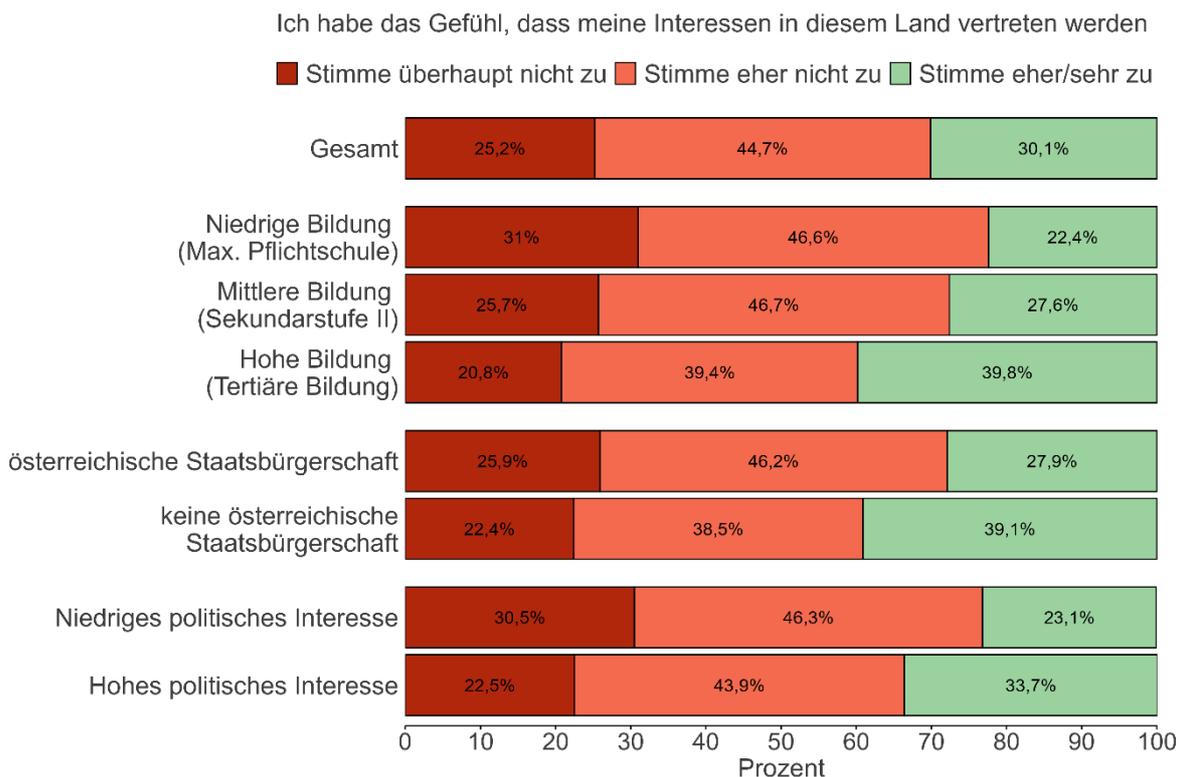
Deutlich positivere Einschätzungen zeigen sich bei Personen mit hoher Bildung. Unter Hochschulabsolvent:innen lag die Zustimmung zu der Aussage „Ich habe das Gefühl, dass meine Interessen in diesem Land vertreten werden.“ bei insgesamt 40%. Gleichzeitig ist der Anteil jener, die der Aussage überhaupt nicht zustimmten, mit 21% vergleichsweise gering (Abbildung 14). Auch Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft weisen mit 40% einen höheren Zustimmungswert auf als jene mit Staatsbürgerschaft (28%), obwohl sie über eingeschränkte politische Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen.

Der stärkste Zusammenhang zeigt sich auch hier mit dem politischen Interesse: Personen, die an Politik interessiert sind, erklärten zu 34%, dass sie ihre Interessen eher oder sehr vertreten sehen; unter jenen mit geringem Interesse waren es lediglich 23%. Gleichzeitig fühlten sich in der zuletzt genannten Gruppe 31% überhaupt nicht vertreten (Vergleichswert der politisch Interessierten: 23%). Insgesamt zeichnet sich damit ein deutliches Muster ab: Politisches Interesse geht mit einer stärkeren Wahrnehmung

politischer Repräsentation einher, wobei die Wirkrichtung auch hier offen bleibt. Gleichwohl ist das Gefühl mangelnder Vertretung in beiden Gruppen weit verbreitet.

Unterschiede nach Geschlecht und Alter werden in den Grafiken nicht ausgewiesen, da sie insgesamt eher gering ausfallen. Männer zeigten in beiden Fragen – sowohl beim Gefühl, politisch gehört zu werden als auch bei der Einschätzung, dass die eigenen Interessen im Land vertreten werden – eine etwas höhere Zustimmung als Frauen (rund 2-3 Prozentpunkte Unterschied). Auch zwischen den Altersgruppen sind die Unterschiede vergleichsweise klein: Jüngere Personen (18-29 Jahre) fühlten sich etwas häufiger politisch gehört (5 Prozentpunkte Unterschied) und vertreten (2 Prozentpunkte Unterschied) als ältere Befragte (55-74 Jahre).

Abbildung 14: Subjektive Einschätzung, dass eigene Interessen im Land vertreten werden, nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politisches Interesse



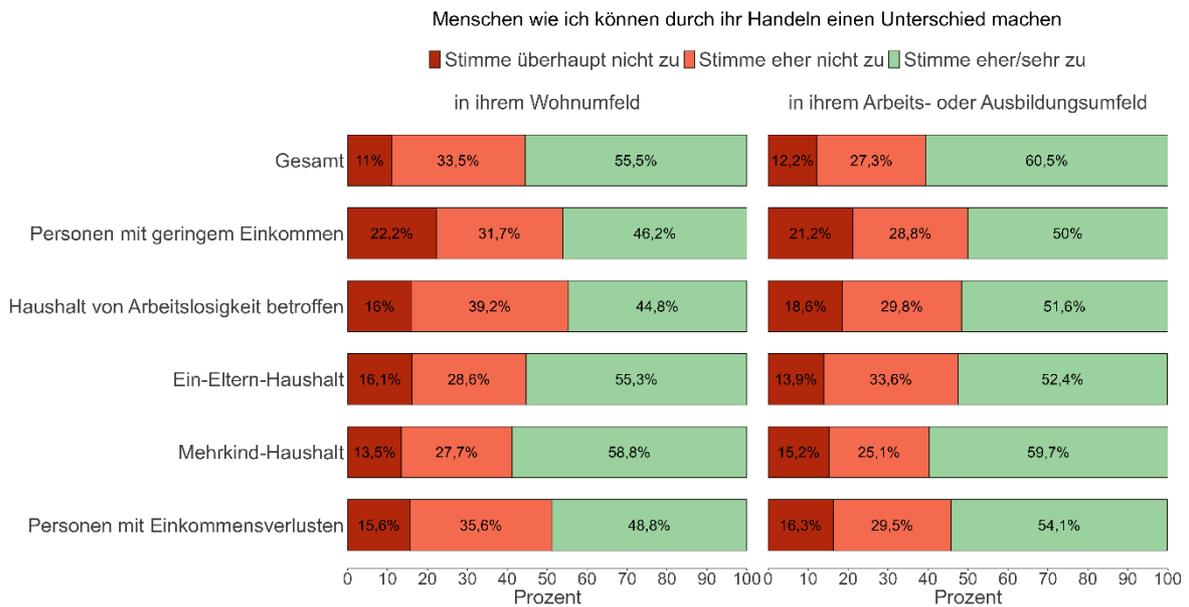
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Ich habe das Gefühl, dass meine Interessen in diesem Land vertreten werden.“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / stimme eher zu / stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Wirksamkeitsempfinden im direkten Lebensumfeld

Die wahrgenommene Wirksamkeit im direkten Lebensumfeld ist in der Bevölkerung insgesamt deutlich höher ausgeprägt als das Gefühl der politischen Repräsentation. Mehr als die Hälfte der 18- bis 74-Jährigen stimmte der Aussage sehr oder eher zu, durch ihr Handeln im direkten Lebensumfeld einen Unterschied machen zu können. Bei der Frage zur Einflussmöglichkeit im Wohnumfeld beträgt dieser Anteil rund 56%; bei der Frage zur Einflussmöglichkeit im Arbeits- oder Ausbildungsumfeld sogar rund 61%.

In vulnerablen Gruppen wurden die Einflussmöglichkeiten im direkten Umfeld tendenziell geringer eingeschätzt. Personen mit geringem Einkommen, aus von Arbeitslosigkeit betroffenen Haushalten oder mit Einkommensverlusten gaben seltener an, durch ihr Handeln einen Unterschied machen zu können (Abbildung 15). In allen drei Gruppen stimmte mehr als die Hälfte eher nicht oder überhaupt nicht zu, im Wohnumfeld etwas verändern zu können. Im Arbeits- oder Ausbildungsbereich fallen die Einschätzungen zwar etwas positiver aus, bleiben jedoch unter dem Wert der Gesamtbevölkerung. In Ein-Eltern-Haushalten liegt der Anteil jener, die ihre Wirksamkeit im Wohnumfeld eher oder sehr bejahten, mit rund 55% knapp unter dem Wert der Gesamtbevölkerung von 56%. Höhere Zustimmungswerte zeigen sich hingegen in Mehrkind-Haushalten, wo rund 59% eine entsprechende Einflussnahme angaben.

Abbildung 15: Wahrnehmung der Einflussnahme im Wohnumfeld und Ausbildungs- oder Arbeitsumfeld nach vulnerablen Gruppen

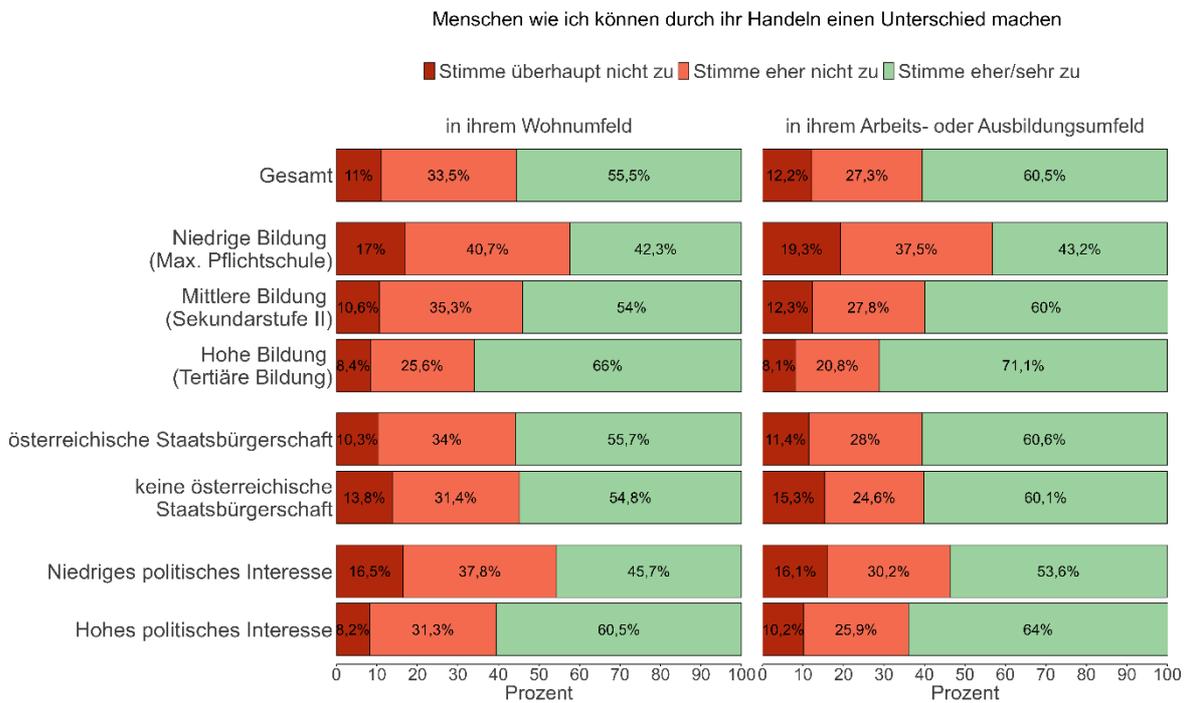


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellungen: „Menschen wie ich können durch ihr Handeln in ihrem Wohnumfeld einen Unterschied machen“, „Menschen wie ich können durch ihr Handeln in ihrem Arbeits- oder Ausbildungsumfeld einen Unterschied machen“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / stimme eher zu / stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Abbildung 16 zeigt die Unterschiede nach Bildung, Staatsbürgerschaft, Wohnregion und politischem Interesse. Mit Blick auf das formale Bildungsniveau bestätigt sich erneut: Je höher der Bildungsgrad, desto stärker wird die eigene Einflussnahme im direkten Lebensumfeld wahrgenommen. So stimmten rund zwei Drittel der Personen mit hoher Bildung zu, in ihrem Wohnumfeld etwas bewirken zu können. Unter Personen mit maximal Pflichtschulabschluss war dies lediglich bei 42% der Fall. Im Arbeits- oder Ausbildungskontext zeigt sich ein ähnliches Muster.

Zwischen Personen mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft zeigen sich bei der Einschätzung der Einflussmöglichkeiten im direkten Lebensumfeld kaum Unterschiede. Dies gilt sowohl für das Wohnumfeld als auch für das Arbeits- oder Ausbildungsumfeld.

Abbildung 16: Wahrnehmung der Einflussnahme im Wohnumfeld und Ausbildungs- oder Arbeitsumfeld nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politisches Interesse



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 15: Q2/2025). Fragestellungen: „Menschen wie ich können durch ihr Handeln in ihrem Wohnumfeld einen Unterschied machen“, „Menschen wie ich können durch ihr Handeln in ihrem Arbeits- oder Ausbildungsumfeld einen Unterschied machen“ Antworten: Stimme überhaupt nicht zu / stimme eher nicht zu / stimme eher zu / stimme sehr zu (in der Abbildung wurden die Kategorien „stimme eher zu“ und „stimme sehr zu“ zusammengefasst). N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Mehr als die Hälfte (55%) der politisch weniger interessierte Personen hatten nicht das Gefühl, in ihrem Wohnumfeld etwas bewirken zu können (38% eher nicht, 17% überhaupt nicht). Unter den politischen Interessierten waren es hingegen nur 40% (31% eher nicht, 8% überhaupt nicht). Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass geringes politisches Interesse mit einem schwächeren Gefühl verbunden ist, durch eigenes Handeln Einfluss auf das Lebensumfeld nehmen zu können. Dieser Zusammenhang zeigt sich im Wohnumfeld deutlicher als im Arbeits- oder Ausbildungsbereich.

Männer äußerten insgesamt etwas häufiger als Frauen, durch ihr Handeln einen Unterschied im unmittelbaren Lebensumfeld bewirken zu können (rund 5-6 Prozentpunkte Unterschied). Nach Altersgruppen zeigt sich, dass jüngere Befragte (18-29 Jahre) deutlich öfter angaben, im Wohn- sowie im Arbeits- oder Ausbildungsumfeld einen

Unterschied machen zu können, als ältere Befragte (55-74 Jahre), mit einem Abstand von etwa 10-12 Prozentpunkten.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse des Schwerpunktkapitels ein klares Muster: Während sich viele Befragte politisch kaum gehört oder vertreten fühlen, nehmen sie ihre Einflussmöglichkeiten im nahen Umfeld deutlich stärker wahr. Politisch repräsentiert fühlen sich nur wenige, lokale Handlungsräume wie das Wohn-, Ausbildungs-, oder Arbeitsumfeld dagegen gelten für viele als zugänglicher und mit größeren Einflussmöglichkeiten verbunden. Unterschiede nach Bildung, ökonomischer Lage und politischem Interesse verdeutlichen zudem, dass politische und gesellschaftliche Teilhabe stark vom sozialen Kontext abhängen. Die insgesamt geringe Wahrnehmung politischer Repräsentation und Teilhabe weist auf eine gewisse Politikverdrossenheit hin – mit potenziell langfristigen Folgen für das Vertrauen in demokratische Institutionen.

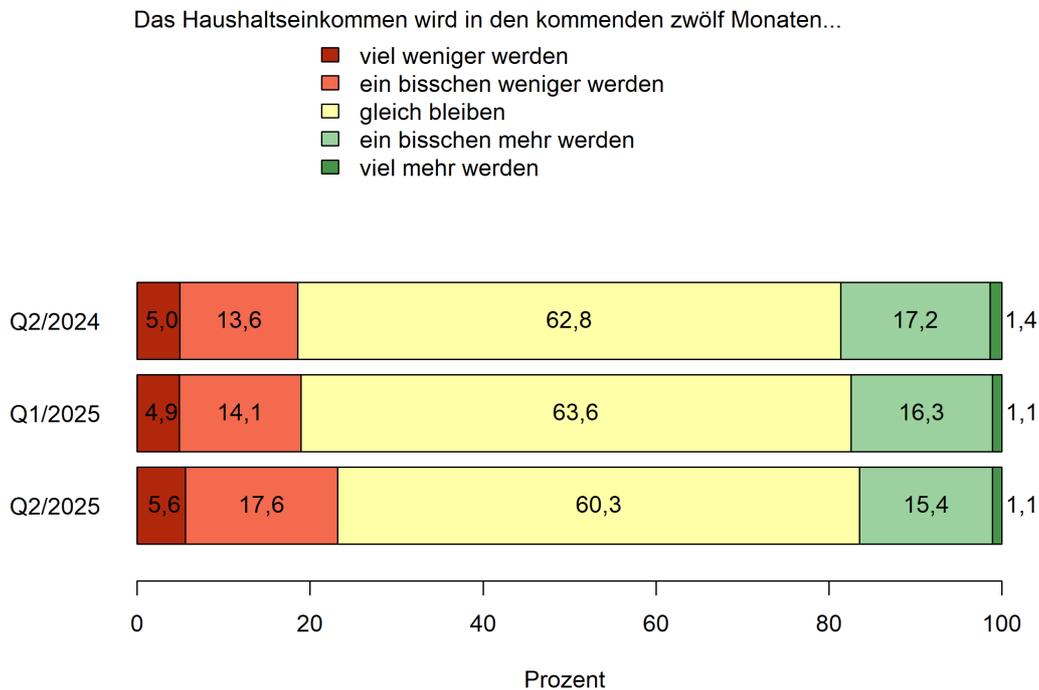
Zukunftserwartungen

Im Rahmen der „So geht’s uns heute“-Befragung wurden auch die Erwartungen an die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung erhoben. Die Ergebnisse im zweiten Quartal 2025 deuten auf eine wachsende wirtschaftliche Unsicherheit sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene hin. 23% der Befragten rechneten mit einem Rückgang ihres Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten. Dies zeigt einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorquartal (Q1/2025: 19%). Gleichzeitig planten 32% der 18- bis 74-Jährigen, ihre Ausgaben für größere Anschaffungen zu reduzieren. Zudem erwarten 61% der 18- bis 74-Jährigen eine Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage. Damit bleibt das Stimmungsbild auch im zweiten Quartal 2025 von anhaltendem Pessimismus geprägt.

Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommens

Im zweiten Quartal 2025 erwarteten rund 23% aller Befragten, dass sich ihr Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten verringern würde. Damit liegt dieser Anteil etwas höher als im Vorquartal (Q1/2025: 19%) und auch über dem Wert des Vorjahres (Q2/2024: 19%). Gleichzeitig gingen 60% der Befragten davon aus, dass ihr Einkommen voraussichtlich gleich bleiben wird – ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorquartal (64%). Weniger optimistisch zeigen sich die Erwartungen einer Einkommensverbesserung: 17% rechneten mit steigenden Einkommen, was leicht unter dem Niveau des Vorjahres (18%) liegt. Der Anteil jener, die ein deutlich höheres Einkommen erwarteten, bleibt weiterhin auf sehr niedrigem Niveau (1%). Nach einer Phase der Stabilisierung der Einkommenssituation im Verlauf des Jahres 2024, die sich unter anderem in der tendenziell positiveren Einschätzung zur Veränderung des Haushaltseinkommens der letzten 12 Monate (Abbildung 1) widerspiegelt, deuten die Erwartungen für die kommenden 12 Monate auf etwas mehr Unsicherheiten hin (Abbildung 17).

Abbildung 17: Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)

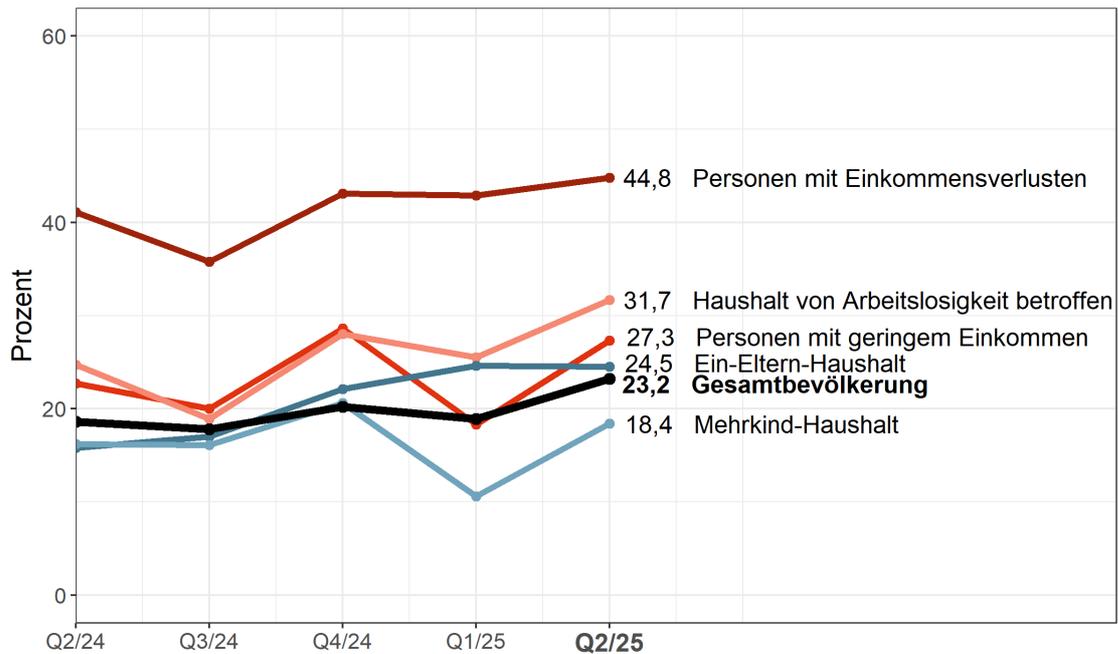


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden zwölf Monate denken: Wird das Haushaltseinkommen...?“ Antworten: viel weniger werden / ein bisschen weniger werden / gleich bleiben / ein bisschen mehr werden / viel mehr werden. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Bei der Analyse der verschiedenen vulnerablen Gruppen zeigen sich im zweiten Quartal 2025 deutliche Veränderungen gegenüber dem Vorquartal. 45% der Personen mit Einkommensverlusten erwarteten, dass sich ihre finanzielle Situation in den kommenden zwölf Monaten (weiter) verschlechtern wird, was weiterhin einen sehr hohen Wert darstellt. Besonders stark stiegen die pessimistischen Erwartungen bei Personen mit geringem Einkommen, von denen 27% mit einer Verschlechterung rechneten. Dies entspricht einem Anstieg um 9 Prozentpunkte im Vergleich zum Vorquartal. Auch in Haushalten, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, nahm der Anteil negativer Erwartungen deutlich zu und erreichte 32%, was einem Zuwachs von 6 Prozentpunkten entspricht (Abbildung 18). In Ein-Eltern-Haushalten bleibt der Anteil mit 25% weitgehend stabil, während sich die Einschätzungen in Mehrkind-Haushalten mit 18% wieder dem Wert der Gesamtbevölkerung von 23% annähern. Insgesamt verdeutlichen die Ergebnisse, dass die finanzielle Unsicherheit mit Blick auf die kommenden zwölf Monate zugenommen

hat und insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen sowie von Arbeitslosigkeit betroffene Haushalte verunsichert bleiben.

Abbildung 18: Erwartete Verringerung des Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten nach vulnerablen Gruppen (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)



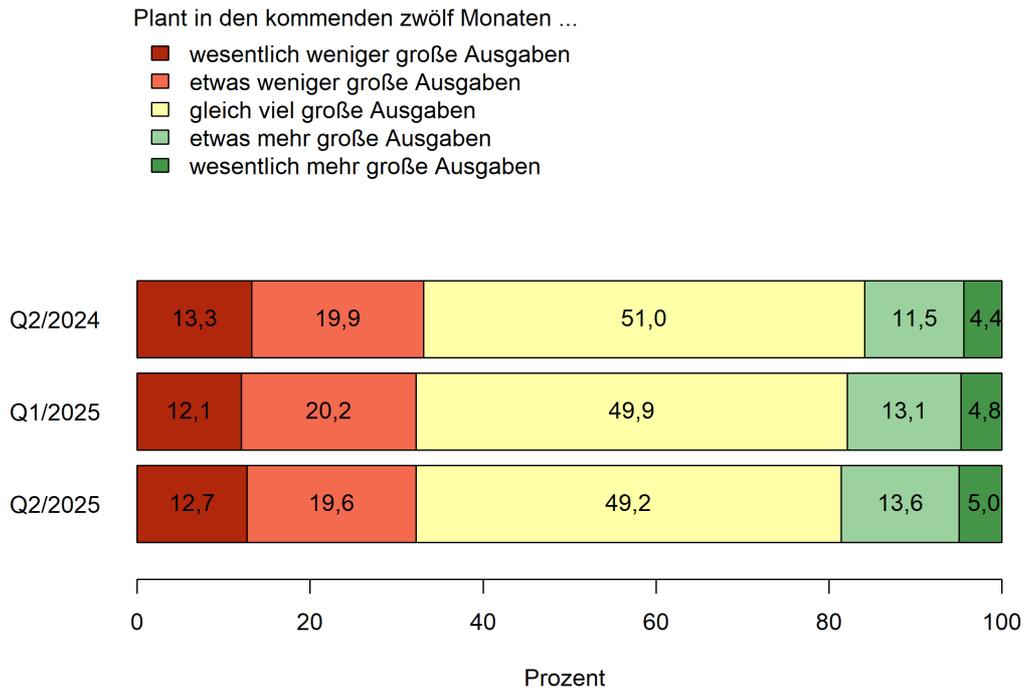
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden zwölf Monate denken: Wird das Haushaltseinkommen...?“ Antworten: viel / ein bisschen weniger werden. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Geplante größere Ausgaben

Auch im zweiten Quartal 2025 planten viele Befragte, in verschiedenen Lebensbereichen Einsparungen vorzunehmen. Besonders bei größeren Anschaffungen wie Möbel, Autos oder Reisen zeigte sich eine zurückhaltende Ausgabenbereitschaft. Auf die Frage, ob sie ihre Ausgaben für solche Anschaffungen in den kommenden zwölf Monaten verringern oder erhöhen würden, antworteten 32% der 18- bis 74-Jährigen, dass sie diese künftig reduzieren möchten (Abbildung 19). Damit bleibt der Anteil im Vergleich zum Vorquartal nahezu unverändert (Q1/2025: 32%) und liegt leicht unter dem Vorjahreswert (Q2/2024:

33%). Rund die Hälfte der Befragten (49%) gab an, in den nächsten zwölf Monaten gleich viel große Ausgaben tätigen zu werden, während 19% beabsichtigten, zukünftig etwas oder wesentlich mehr für größere Anschaffungen auszugeben.

Abbildung 19: Geplante größere Ausgaben in den kommenden zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)



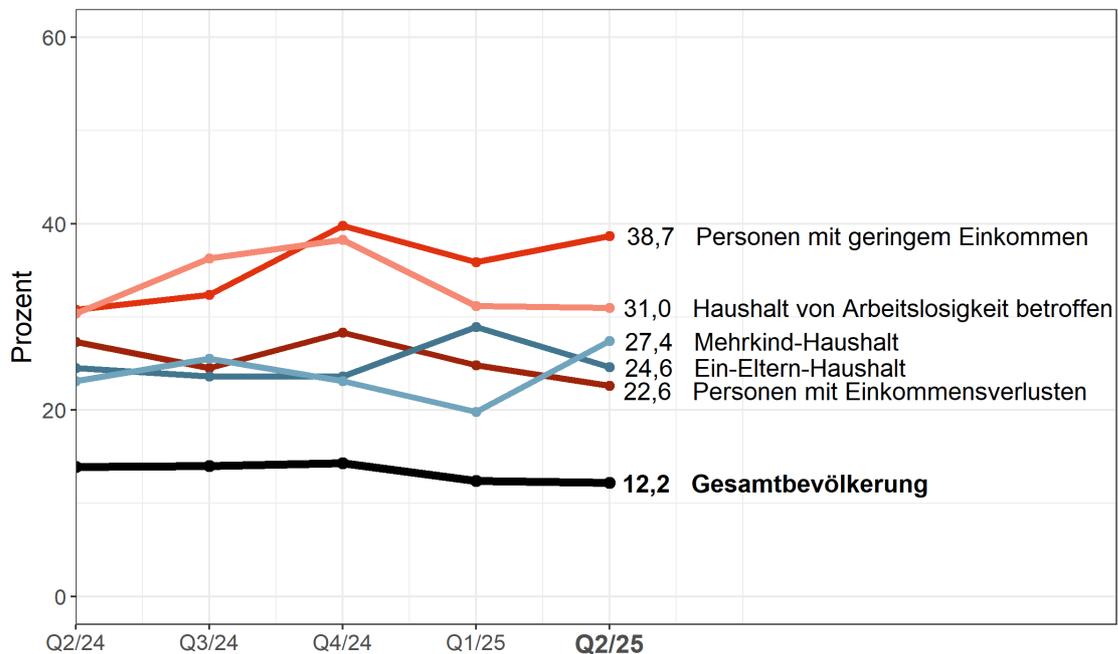
Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Manche größere Ausgaben wie für Möbel, Auto oder Reisen sind nicht alltäglich. Planen Sie/Plant Ihr Haushalt in den kommenden zwölf Monaten für solche Dinge weniger oder mehr auszugeben als in den letzten zwölf Monaten.“ Antworten: wesentlich weniger / etwas weniger / gleich viel / etwas mehr / wesentlich mehr große Ausgaben. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Erwartete Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten

Im zweiten Quartal 2025 gaben 12% der 18- bis 74-Jährigen an, dass sie in den kommenden drei Monaten mit Zahlungsschwierigkeiten bei Miete, Wohnkrediten, Wohnnebenkosten oder Betriebskosten rechnen. Dieser Wert fällt in den vulnerablen Gruppen deutlich höher aus als in der Gesamtbevölkerung. 39% der Personen mit geringem Einkommen berichteten von erwarteten Zahlungsschwierigkeiten. Unter

Haushalten mit Arbeitslosigkeit lag der Anteil bei 31%, gefolgt von Ein-Eltern-Haushalten mit rund einem Viertel und Personen mit Einkommensverlusten mit 23%. In Mehrkind-Haushalten ist der Anteil auf 27% gestiegen, was einen deutlichen Zuwachs gegenüber dem Vorquartal (Q1/2025: 20%) darstellt. Insgesamt deuten die Ergebnisse auf eine weiterhin angespannte finanzielle Lage in den vulnerablen Gruppen hin. Besonders bei Personen mit geringem Einkommen bleiben die Belastungen hinsichtlich erwarteter Zahlungsschwierigkeiten bei Wohnkosten überdurchschnittlich hoch (Abbildung 20).

Abbildung 20: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)

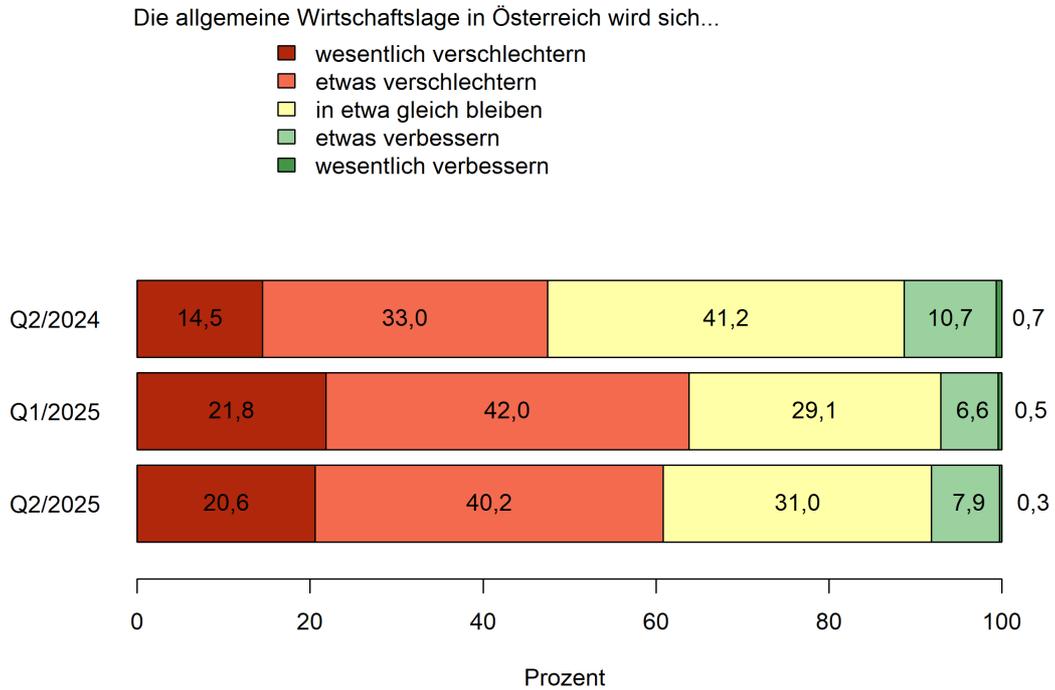


Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Denken Sie jetzt bitte an Ihre gesamten Wohnkosten, also Miete, Wohnkredit, Betriebskosten und alle Wohnnebenkosten, wie zum Beispiel Strom, Gas, Heizung und Reparaturen. Expecten Sie für die nächsten drei Monate Schwierigkeiten diese zu bezahlen?“ Antwort: Ja. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q3/2024) = 3.486, N (Q4/2024) = 3.637, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Wirtschaftliche Lage in Österreich

Die Befragten blickten auch im zweiten Quartal 2025 mit deutlicher Skepsis auf die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich. 61% der 18- bis 74-Jährigen gingen davon aus, dass sich die allgemeine Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten verschlechtern werde. Damit bleibt der Wert nahezu unverändert im Vergleich zum Vorquartal (64%), liegt jedoch weiterhin deutlich über dem Niveau des zweiten Quartals 2024 (48%). Etwa 8% rechneten mit einer Verbesserung, rund 31% erwarteten eine stabile Entwicklung (Abbildung 21). Besonders kritisch äußerten sich Personen mit Einkommensverlusten, von denen 74% eine Verschlechterung erwarteten. Haushalte, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sowie Mehrkind-Haushalte lagen hingegen in etwa auf dem Niveau der Gesamtbevölkerung, während Ein-Eltern-Haushalte mit 57% leicht darunter lagen. Insgesamt zeigt sich im Frühjahr 2025, dass die wirtschaftliche Stimmungslage weiterhin von deutlichem Pessimismus geprägt bleibt. Mögliche Erklärungsfaktoren dafür sind sowohl die wirtschaftliche Rezession und ihre mediale Präsenz als auch politische Unsicherheiten auf nationaler und internationaler Ebene zum Zeitpunkt der Befragung.

Abbildung 21: Erwartete Veränderung der wirtschaftlichen Lage in Österreich (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)



Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Fragestellung: „Wenn Sie an die kommenden 12 Monate denken: Wird sich die allgemeine Wirtschaftslage in Österreich.“ Antworten: wesentlich verschlechtern / etwas verschlechtern / in etwa gleich bleiben / etwas verbessern / wesentlich verbessern. N (Q2/2024) = 3.496, N (Q1/2025) = 3.880, N (Q2/2025) = 3.847. Gewichtete Ergebnisse.

Fazit

Die Ergebnisse der 15. Befragungswelle der vierteljährlichen „So geht’s uns heute“-Befragung von Statistik Austria zeigen, dass die finanzielle Situation vieler Haushalte in Österreich weiterhin angespannt ist. Zwar sind einige Belastungswerte im Jahresvergleich leicht zurückgegangen – etwa bei der subjektiven Wohnkostenbelastung oder beim Anteil jener Personen, die unerwartete Ausgaben nicht bestreiten können –, doch bleibt die Betroffenheit vor allem in vulnerablen Gruppen hoch. Diese nahmen deutlich häufiger als die Gesamtbevölkerung eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage wahr; insbesondere für einkommensschwache und arbeitslose Haushalte stellte sich die finanzielle Situation im Frühjahr 2025 als besonders herausfordernd dar.

Hinsichtlich des Anteils jener Befragten, die im zweiten Quartal 2025 von Einkommensverlusten betroffen waren, zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr eine weitgehend stabile Entwicklung. Dazu dürften sowohl die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Lohnerhöhungen als auch die Anpassung vieler Sozialleistungen beigetragen haben, die für eine gewisse Entlastung sorgten. Gleichzeitig gaben jedoch 35% der 18- bis 74-Jährigen an, im zweiten Quartal 2025 (viel) schlechter mit ihrem Haushaltseinkommen ausgekommen zu sein als ein Jahr zuvor. In vulnerablen Gruppen lag dieser Anteil deutlich höher, insbesondere unter Personen mit Einkommensverlusten. Als Hauptgrund wurden besonders häufig gestiegene Ausgaben für Lebensmittel genannt – ein Anteil, der gegenüber dem Vorquartal zugenommen hat. Trotz rückläufiger Inflation und gestiegener Einkommen ist die finanzielle Entlastung somit nicht bei allen gleichermaßen angekommen: Während einige Haushalte leichte Verbesserungen wahrnehmen, bleiben andere – insbesondere einkommensschwache – weiterhin erheblich durch laufende Ausgaben und unerwartete Kosten belastet.

Ein Schwerpunkt der Erhebung widmete sich der politischen Teilhabe. Die Ergebnisse zeigen, dass ein Großteil der Befragten einigermaßen oder sehr an Politik interessiert ist. Während die Mehrheit der Bevölkerung an Wahlen teilnimmt, spielen andere Formen politischen Engagements für die meisten jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Zugleich fühlten sich rund 80% politisch kaum oder gar nicht vertreten und gehört – ein deutlicher Hinweis auf ein geringes Vertrauen in politische Institutionen, besonders ausgeprägt in einigen vulnerablen Gruppen und bei Personen mit niedriger Bildung. Im direkten Lebensumfeld wird die eigene Einflussmöglichkeit dagegen positiver wahrgenommen:

Viele berichteten, dass sie im Wohn-, Ausbildungs- oder Arbeitsumfeld durch ihr Handeln einen Unterschied machen können. Unterschiede nach Bildung, ökonomischer Lage und politischem Interesse verdeutlichen, dass politische und gesellschaftliche Teilhabe stark vom sozialen Kontext abhängen. Insgesamt weist die flächendeckend besorgniserregend geringe Wahrnehmung politischer Repräsentation jedoch auf eine gewisse Politikverdrossenheit hin – mit potenziell langfristigen Folgen für das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Die Erwartungen zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben im Frühjahr 2025 von Skepsis geprägt. Zwar blieb der Anteil jener, die einen Einkommensverlust erwarten, gegenüber dem Vorquartal stabil, doch die allgemeine Unsicherheit bleibt hoch. Viele Haushalte planen, größere Ausgaben zu vermeiden, und schätzen die gesamtwirtschaftliche Entwicklung pessimistisch ein: Zwei Drittel der Befragten rechneten mit einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten – ein weiterhin hoher, wenn auch leicht rückläufiger Wert. Diese verbreitete Unsicherheit kann sich in zurückhaltendem Konsumverhalten niederschlagen und eine zunehmende Ausrichtung auf Sparsamkeit begünstigen.

Erläuterungen und Definitionen

Ergebnisdokumentation

Zu den Ergebnisberichten sowie zu weiteren Ressourcen zum Panel gelangt man über die Erhebungswebsite: www.statistik.at/so-gehts-uns-heute bzw. über die Seite zu sozialen Krisenfolgen: <https://statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>

Glossar

Erläuterungen und Definitionen zu den Grunddaten der befragten Personen und Haushalte sind unter folgendem Link zu finden:

<https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1818/Glossar.pdf>

Fragebogen

Der Fragebogen der Online-Befragung kann hier abgerufen werden: www.statistik.at/so-gehts-uns-heute

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Risikofaktoren für soziale Gefährdungslagen (Q2/2025)	10
Tabelle 2: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten innerhalb der vulnerablen Gruppen (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)	14
Tabelle 3: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation für die Bevölkerung zwischen 18 und 74 Jahren (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)	23
Tabelle 4: Finanzielle Situation der Bevölkerung	68
Tabelle 5: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation	69
Tabelle 6: Lebens- und finanzielle Zufriedenheit der Bevölkerung	71
Tabelle 7: Finanzielle Situation bei Kindern unter 18 Jahren.....	72
Tabelle 8: Materielle Deprivation bei Kindern unter 18 Jahren.....	74

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Veränderung des Haushaltseinkommens in den letzten zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	13
Abbildung 2: Schwierigkeiten, mit dem Haushaltseinkommen auszukommen (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	16
Abbildung 3: Veränderung im Auskommen mit dem Einkommen im Vergleich zu vor zwölf Monaten (Q2/2025)	17
Abbildung 4: Hauptgrund für schlechteres Auskommen mit dem Einkommen (Q2/2025)	19
Abbildung 5: Unerwartete Ausgaben nicht bezahlen zu können (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	21
Abbildung 6: Zahlungsverzug im jeweils vorangegangenen Quartal (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	25
Abbildung 7: Wohnkosten als schwere finanzielle Belastung (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)	27
Abbildung 8: Politisches Interesse nach vulnerablen Gruppen	30
Abbildung 9: Politisches Interesse nach Bildungsniveau	31
Abbildung 10: Politische Aktivitäten nach vulnerablen Gruppen in den letzten 12 Monaten	34
Abbildung 11: Subjektive Einschätzung, in politischen Fragen gehört zu werden nach vulnerablen Gruppen	36
Abbildung 12: Subjektive Einschätzung, in politischen Fragen gehört zu werden nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politischem Interesse	37
Abbildung 13: Subjektive Einschätzung, dass eigene Interessen im Land vertreten werden nach vulnerablen Gruppen.....	39
Abbildung 14: Subjektive Einschätzung, dass eigene Interessen im Land vertreten werden, nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politisches Interesse	40
Abbildung 15: Wahrnehmung der Einflussnahme im Wohnumfeld und Ausbildungs- oder Arbeitsumfeld nach vulnerablen Gruppen.....	42
Abbildung 16: Wahrnehmung der Einflussnahme im Wohnumfeld und Ausbildungs- oder Arbeitsumfeld nach Bildungsniveau, Staatsbürgerschaft und politisches Interesse	43
Abbildung 17: Erwartete Veränderung des Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	46
Abbildung 18: Erwartete Verringerung des Haushaltseinkommen in den kommenden zwölf Monaten nach vulnerablen Gruppen (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025)	47
Abbildung 19: Geplante größere Ausgaben in den kommenden zwölf Monaten (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)	48

Abbildung 20: Erwartete Zahlungsschwierigkeiten Wohnkosten (Q2/2024, Q3/2024, Q4/2024, Q1/2025, Q2/2025).....	49
Abbildung 21: Erwartete Veränderung der wirtschaftlichen Lage in Österreich (Q2/2024, Q1/2025, Q2/2025)	51

Literaturverzeichnis

Arbeitsmarktservice Österreich: Übersicht über den Arbeitsmarkt. Juli 2025. AMS Österreich 2025, S. 1–6.

https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_uebersicht_aktuell.pdf

Brunner, Sebastian/Juen, Isabella/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Auswirkungen von Arbeitslosigkeit. In: BMSGPK 2024a, S. 1-66. <https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:8d8942ed-41c9-465d-8845-61933c7e9559/BerichtW11%20Soziale%20Krisenfolgen%2020241008%20.pdf>

Brunner, Sebastian /Mühlböck, Monika/Spoljaric, Katarina/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Unterschiede zwischen Haushaltskonstellationen. In: BMSGPK 2024b, S. 1-66. https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Veroeffentlichungen-gemae%C3%9F-Art.-20-Abs-5-B-VG/W12-Soziale-Krisenfolgen-20241216_.pdf

Brunner, Sebastian /Mühlböck, Monika/Spoljaric, Katarina/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Generationengerechtigkeit. In: BMSGPK 2024b, S. 1-69. https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/So-geht-s-uns-heute-W13-Soziale-Krisenfolgen_20250320.pdf

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 1. Bericht. BMF und BMSGPK 2022a, S. 1-177. https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Konsumentenschutz/Berichte-und-Studien/220707-EBAI-1.-Bericht_final.pdf

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der

Inflationsentwicklung (EBAI) 2. Bericht. BMF und BMSGPK 2022b, S. 1-42.

<https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/2.EBAI-Bericht-barrierefrei.pdf>

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 3. Bericht. BMF und BMSGPK 2023, S. 1-55.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9e38887d-7c0a-4aae-8ddb-109adfd3b10b/230607_3_EBAI-Bericht_barrierefrei.pdf

Bundesministerium für Finanzen und Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Expert:innengruppe zur Beobachtung und Analyse der Inflationsentwicklung (EBAI) 4. Bericht. BMF und BMSGPK 2024, S. 1-64.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:9fc8940b-98dd-4a92-9b39-370694e7c67c/4.%20EBAI-Bericht_barrierefrei.pdf

Bundesministerium für Inneres: Nationalratswahl 2024 – endgültiges Ergebnis. BMI 2024.

<https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/>

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Covid-19: Analyse der sozialen Lage in Österreich. BMSGPK 2020, S. 1-318.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:5f807a53-5dce-4395-8981-682b5f1dc23b/BMSGPK_Analyse-der-sozialen-Lage.pdf

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Sozial- und Familienleistungen werden 2025 erneut an Inflation angepasst. Pressemitteilung OTS0004. BMSGPK 2024. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241227_OTS0004/sozial-und-familienleistungen-werden-2025-erneut-an-inflation-angepasst

Dawid, Evelyn: Armutsbetroffene und die Corona-Krise. Eine Erhebung zur sozialen Lage aus der Sicht von Betroffenen. In: BMSGPK 2020, S. 1-56.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:e655d53a-0349-4c10-a8e8-88bf1de9f4ca/BMSGPK_Armutskonferenz.pdf

Dawid, Evelyn: Die Teuerung und das untere Einkommensdrittel: Wirkungen und Strategien. In: BMSGPK 2023, S. 66-157.

https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:bb171702-ad62-477a-9109-b6cdddc5afb3/Sammelband_Inflation_final_pdfUA.pdf

Eurostat: Statistics explained. Glossar: Schwerer Anteil an materieller und soziale Entbehrungsquote (SMSD). Eurostat 2022. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Severe material and social deprivation rate \(SMS\)](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Severe_material_and_social_deprivation_rate_(SMS))

Filzmaier, Peter/Patscheider, Martin/Perlot, Florian: MigrantInnen als Wählergruppe. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (OZP) 44(2), 2015. Innsbruck: Innsbruck University Press. <https://doi.org/10.15203/ozp.277.vol44iss2>

Habersack, Fabian/Heinisch, Reinhard/Jansesberger, Verena/Mühlböck, Andreas: Perceived deprivation and voter turnout in Austria: Do views on social inequality moderate the deprivation–abstention nexus? In: Political Studies 71(4), 2023, S. 1006–1024. <https://doi.org/10.1177/00323217211052758>

Heitzmann, Karin/Pennerstorfer, Astrid: Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung von Ein-Eltern- Haushalten in Österreich. In: BMSGPK 2021, S. 1-99. https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:a76c2af7-52c3-44e1-bb33-971d77aef0ed/Armut_Alleinerziehende_Endbericht.pdf

Heitzmann, Karin/Pennerstorfer, Astrid: Large families and poverty in Austria: What explains their disproportionate risk of experiencing income poverty? International Journal for Social Welfare. 2024. <https://doi.org/10.1111/ijsw.12667>

Heitzmann, Karin/Huber, Alexander: Kennzahlen zu Lebensbedingungen 2023: Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in Österreich: Schwerpunkt Kapitel: Auswirkungen der Teuerungskrise. In: BMSGPK 2025, S. 1-149. https://www.sozialministerium.gv.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/Kennzahlen-zu-Lebensbedingungen_Endbericht_030225.pdf

Institut für Höhere Studien: Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2025–2026. IHS 2025a. https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/2016_Files/Documents/2025/Fruehlings_Prognose/IHS_Konjunkturprognose_2025_03_Fruehling_KURZVERSION_DE.pdf

Institut für Höhere Studien: IHS Preismonitor: Tariflohnindex AT. IHS 2025b.

<https://inflation.ihs.ac.at/>

Norris, Pippa: Democratic deficit: Critical citizens revisited. Cambridge: Cambridge University Press 2011.

Parlament Österreich: Nationalrat besiegelt neuerliche Mietenbremse für regulierten Wohnungsmarkt. Parlamentskorrespondenz Nr. 120. Parlament 2025.

https://www.parlament.gv.at/aktuelles/pk/jahr_2025/pk0120

Reiter, Claudia/Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/ Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Till, Matthias/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Energiearmut. In: BMSGPK 2023a, S. 1-65.

[https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0dd86bc1-54b1-4b3e-8b49-6041c86a431e/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627%20\(7\).pdf](https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:0dd86bc1-54b1-4b3e-8b49-6041c86a431e/BerichtW6%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230627%20(7).pdf)

Reiter, Claudia/Mühlböck, Monika/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/ Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im zweiten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Zukunftserwartungen. In: BMSGPK 2023b, S. 1-67.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:6d824a96-97fc-42bf-8dab-6d9b6484bc00/BerichtW7%20Soziale%20Krisenfolgen%2020230926.pdf>

Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Mühlböck, Monika/Wittmann, Lena/Binder, Manuel/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im dritten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Regionale Unterschiede. In: BMSGPK 2023c, S. 1-66.

https://www.sozialministerium.at/dam/sozialministeriumat/Anlagen/Services/Studien/Sozialpolitik/Bericht_Soziale-Krisenfolgen_Q3_2023.pdf

Reiter, Claudia/Juen, Isabella/Brunner, Sebastian/Mühlböck, Monika/Wittmann, Lena/Enachescu, Janina/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im vierten Quartal 2023 – Schwerpunkt: Ernährungsarmut. In: BMSGPK 2024a, S. 1-66.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:cce2b6de-0d9c-44b4-b7b4-d7368bd9cee7/BerichtW9%20Soziale%20Krisenfolgen%2020240325.pdf>

Reiter, Claudia/Brunner, Sebastian/Juen, Isabella/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja/Foissner, Franziska: So geht's uns heute: die

sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2024 – Schwerpunkt: Geschlechtsspezifische Unterschiede. In: BMSGPK 2024b, S. 1-65.

<https://www.sozialministerium.at/dam/jcr:4c5b4180-7f3c-4f50-81bc-992ece886f85/BerichtW10%20Soziale%20Krisenfolgen%2020240625.pdf>

Reiter, Claudia/Spoljaric, Katarina/Kärcher, Florian/Mühlböck, Monika/Enachescu, Janina/Wittmann, Lena/Lamei, Nadja: So geht's uns heute: die sozialen Krisenfolgen im ersten Quartal 2025 – Schwerpunkt: Belastung durch Erwerbsarbeit. In: BMSGPK 2025, S. 1-72. https://www.sozialministerium.gv.at/dam/jcr:a44afeb0-0d4c-4740-a97e-7e1e40c46bb8/W14%20Soziale%20Krisenfolgen_20250624.pdf

Schumpeter, Joseph A.: Capitalism, Socialism and Democracy. London: Routledge 2010.

Statistik Austria: Leichte Wirtschaftserholung setzt sich im 2. Quartal fort.

Pressemitteilung: 13 993-186/25. Statistik Austria 2025a.

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/09/20250905BIP2025Q2.pdf>

Statistik Austria: Inflation im Juni 2025 bei 3,3%. Pressemitteilung: 13 658-151/25.

Statistik Austria 2025b.

<https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/07/20250717VPIJuni2025.pdf>

Statistik Austria: Verbraucherpreisindizes ab 1990. Statistik Austria 2024a.

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.pdf

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik 3. Quartal 2024.

Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Statistik Austria 2024b, S. 1-81.

https://www.statistik.at/fileadmin/publications/SB_5-8_QSB-MZ-Q3-2024.pdf

Statistik Austria: Arbeitsunfälle und arbeitsbezogene Gesundheitsprobleme 2020. Modul der Arbeitskräfteerhebung 2020. Pressemitteilung/Publikation: 20-1910-21. Statistik Austria 2022.

https://www.statistik.at/fileadmin/publications/arbeitsunfaelle_und_arbeitsbezogene_gesundheitsprobleme_2020.pdf

Statistik Austria: Verbrauchsausgaben: Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2019/20.

In: Statistik Austria 2021, S. 1-184.

[https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben -
Hauptergebnisse der Konsumerhebung 2019 2020.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Verbrauchsausgaben_-_Hauptergebnisse_der_Konsumerhebung_2019_2020.pdf)

Walter, Franz/Rosenberger, Sieglinde: Skilled Voices? Reflections on political participation and education in Austria. OECD Education Working Papers Nr. 11. Paris: OECD Publishing 2007. <https://doi.org/10.1787/050662025403>

Zandonella, Michael: SORA Fokusbericht Demokratie Monitor 2021. SORA – Institute for Social Research and Consulting 2021.

<https://www.parlament.gv.at/dokument/fachinfos/publikationen/SORA-Endbericht-Demokratie-Monitor-2021.pdf>

Weiterführende Literatur

Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz: Maßnahmen zur Teuerung. BMSGPK 2023.

<https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Steuerentlastung-und-Teuerung.html><https://www.sozialministerium.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Steuerentlastung-und-Teuerung.html>

Statistik Austria: Tabellenband, EU-SILC 2022 – Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, Wien, Statistik Austria 2023, S. 1–185.

https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2022.pdf

Steiber, Nadia/Siegert, Christina: Die Auswirkungen der Frühphase der COVID-19 Pandemie auf die Erwerbssituation und die finanzielle Lage von Familien in Österreich. Österreichische Zeitschrift für Soziologie 46 (2021), S. 429–442. <https://doi.org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/s11614-021-00466-9>

Steiber, Nadia/Siegert, Christina/Vogtenhuber, Stefan: Die Erwerbssituation und subjektive finanzielle Lage privater Haushalte im Verlauf der Pandemie: Ergebnisse der AKCOVID Panel-Befragung. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft Nr. 222. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 2021, S. 1–30.

<https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/ppnresolver?id=AC16250989>

Wegscheider-Pichler, Alexandra/Prettner, Catherine/Lamei, Nadja: Wie geht's Österreich? 2021 - Indikatoren und Analysen von 2000 bis zum COVID-19 Krisenjahr 2020.

Wien: Statistik Austria 2021, S. 1–161.

[https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie geht s OEsterreich 2021.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wie_geht_s_OEsterreich_2021.pdf)

Methodischer Anhang

Stichprobe

Die Befragung „So geht’s uns heute“ beruht auf einer geschichteten Wahrscheinlichkeitsstichprobe, die aus dem zentralen Melderegister gezogen wurde. Um die Genauigkeit der Messung von Veränderungen zu optimieren, wurden besonders vulnerable Gruppen (Mehrkind-Haushalte, Alleinerziehende und Arbeitslose sowie Personen mit Pflichtschulabschluss) bei der Aufteilung der Stichprobe überproportional berücksichtigt. Bei der Gewichtung der Ergebnisse wurde dieses Design ebenso berücksichtigt, wie Anpassungen an Verteilungen aus dem jeweiligen Quartal des Mikrozensus²⁰ bzw. dem für die Ziehung verwendeten Auswahlrahmen²¹. Die hochgerechneten Ergebnisse sind somit repräsentativ für die Gesamtheit der 18- bis 74-Jährigen in Österreich.

Die Stichprobe für die 15. Befragungswelle setzt sich aus Personen zusammen, die bereits in der vierzehnten Welle (erstes Quartal 2025) an der Befragung teilgenommen haben, sowie einer Auffrischungstichprobe von insgesamt 2.500 Personen, die aus dem zentralen Melderegister gezogen wurden. Die Auswahl der Personen für die Ergänzungstichprobe erfolgte so, dass jene Bevölkerungsgruppen, die in den vorigen Wellen seltener teilgenommen haben, eine wesentlich größere Ziehungswahrscheinlichkeit hatten. Dadurch sollten allfällige durch selektive Beteiligung an der Erhebung entstandene Verzerrungen möglichst bereits bei der Stichprobenziehung ausgeglichen werden. Da in der sechsten Welle die Altersgrenzen der Stichprobe auf 18 bis 74 Jahre geändert wurde (vormals: 16 bis 69 Jahre), wurden 70- bis 74-Jährige ab der sechsten Welle ergänzend eingeladen, Personen unter 18 Jahren wurden nicht (weiter) eingeladen.

²⁰ Bildungsstand, Alter, Geschlecht, Haushaltsgröße, Anzahl der Kinder, Rechtsverhältnis an der Wohnung.

²¹ Vulnerable Gruppen laut Stichprobendesign (Alleinerziehend, Mehrkind-Haushalt oder arbeitslos), DEGURBA Stadt-Land-Typologie, Geburtsland Österreich oder Deutschland, eine vereinfachte Typologie des Erwerbsverlaufs.

Teilnahme an der Befragung

Der Fragebogen wurde den Teilnehmer:innen in einer Onlineversion angeboten²². Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig. Um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen, wurden den Befragten Einkaufsgutscheine versprochen, die sie nach (vollständiger) Beantwortung des Fragebogens erhalten haben.

In der 15. Befragungswelle wurden insgesamt 3.847 verwertbare Fragebögen berücksichtigt. Davon kamen insgesamt 3.209 Personen aus der „Panelstichprobe“ (diese haben bereits in der vorigen Welle an der Befragung teilgenommen) sowie 638 aus der „Boosterstichprobe“ (diese wurden in der 15. Welle neu in die Stichprobe aufgenommen). Die bereinigte Ausschöpfungsquote betrug 60%. Die bereinigten Ausschöpfungsquoten betragen 83% im Fall der Panelstichprobe bzw. 26% im Fall der Boosterstichprobe.²³

Dass die Boosterstichprobe eine niedrigere Ausschöpfungsquote erreicht als die Panelstichprobe ist erwartbar. Zum einen wurden für die Boosterstichprobe soziale Gruppen mit geringerer Teilnahmebereitschaft überproportional gezogen, zum anderen ist die Teilnahmebereitschaft von Personen in der Panelstichprobe höher, weil diese bereits an der Befragung teilgenommen haben und dadurch mit dem Ablauf vertraut sind. Aus demselben Grund ist erwartbar, dass sich die Ausschöpfungsquoten auch mit der Zahl der bereits absolvierten Befragungswellen erhöhen.

Vollständigkeit der Angaben und Imputation

Auf der Ebene der einzelnen Fragen lag der Vollständigkeitsgrad in den allermeisten Fällen über 98%. Um Inkohärenzen und Verzerrungen bei der vertiefenden Analyse zu vermeiden, wurden jene Fälle, in denen keine Angabe gemacht wurde, durch plausible Schätzungen ersetzt (imputiert)²⁴.

²² Jenen Personen, die nicht an der Onlinebefragung teilnehmen konnten oder wollten, wurde bis zur dritten Befragungswelle zusätzlich postalisch ein Papierfragebogen zugesendet.

²³ Weitere Informationen zu den vorangegangenen Befragungswellen:

<https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisefolgen>

²⁴ In den ersten drei Befragungswellen waren einige Variablen aus Platzgründen nur in der Onlineversion des Fragebogens enthalten. Für diese wurden eigene Hochrechnungsgewichte erstellt. Mit der vierten Welle wurde die Gewichtung vereinfacht, da nur mehr Onlinefragebögen angeboten wurden.

Trend- und Verlaufsstatistiken

Die Studie in Österreich ist als Panelerhebung ausgelegt. Das bedeutet, dass in den Folgebefragungen wieder dieselben Personen befragt werden sollen. Damit sollen Veränderungen der persönlichen Lebenslage so genau wie möglich erfasst werden. Eine Besonderheit der quartalsweise durchgeführten Befragungen ist, dass die Ergebnisse auch saisonale Schwankungen abbilden können.

Zur Kohärenz mit EU-SILC 2024

Die Befragung „So geht’s uns heute“ erhebt zahlreiche Merkmale, die in derselben Form auch in der Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) enthalten sind. Dennoch unterscheidet sich die unterjährige (quartalsweise) Datenerhebung in einigen Punkten von den durch EU-SILC erhobenen Strukturdaten. Zunächst erhebt „So geht’s uns heute“ hauptsächlich subjektive Einschätzungen. EU-SILC verwendet hingegen für die Messung des Einkommens Registerdaten. Bei EU-SILC wird der Befragungsteil mit Unterstützung von Erhebungspersonen per Telefon oder persönlichem Interview durchgeführt, während sich „So geht’s uns heute“ ausschließlich auf selbstausgefüllte Fragebögen stützt. Ein wesentlicher Unterschied der beiden Befragungen ist auch, dass bei „So geht’s uns heute“ auf die Befragung sämtlicher Haushaltsmitglieder verzichtet wird. Schließlich berücksichtigt „So geht’s uns heute“ in den Wellen 1 bis 5 nur Personen zwischen 16 und 69 Jahren und seit der Welle 6 Personen zwischen 18 und 74 Jahren.

All diese methodischen Unterschiede sind begründet in den unterschiedlichen Zielsetzungen der beiden Erhebungen. Während die Relevanz der „So geht’s uns heute“-Befragung vor allem darin besteht, aktuelle Entwicklungen und die subjektive Betroffenheit mit größtmöglicher Zeitnähe sichtbar zu machen, hat EU-SILC das Ziel, möglichst verlässliche Strukturdaten zu erheben, um den Vergleich unterschiedlicher Sozialsysteme und ihrer langfristigen Entwicklungen zu ermöglichen. Nähere Informationen zur Kohärenz der für einen Vergleich geeigneten subjektiven Merkmale aus EU-SILC 2022/2023 und „So geht’s uns heute“ finden sich in einem gesonderten Arbeitspapier auf der Projektwebseite²⁵.

²⁵ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/soziale-krisenfolgen>

Tabellenanhang

Tabelle 4: Finanzielle Situation der Bevölkerung

		Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
		1.000	in %								
Einkommensveränderung (12 Monate)	Gestiegen	2.995	45,3	2.849	43,1	2.692	40,7	2 871	43,3	2 506	37,8
	Gleich	2.168	32,8	2.363	35,8	2.526	38,2	2 333	35,2	2 613	39,5
	Gesunken	1.449	21,9	1.395	21,1	1.401	21,2	1 423	21,5	1 503	22,7
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0
Geringes Haushaltseinkommen	Ja	911	13,8	887	13,4	837	12,6	769	11,6	691	10,4
	Nein	5.700	86,2	5.721	86,6	5.781	87,4	5 857	88,4	5 932	89,6
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0
Mit dem Haushaltseinkommen auskommen	Große Schwierigkeiten	384	5,8	310	4,7	306	4,6	273	4,1	301	4,5
	Schwierigkeiten	489	7,4	447	6,8	514	7,8	464	7,0	382	5,8
	Etwas Schwierigkeiten	1.802	27,3	1.818	27,5	1.788	27,0	1 790	27,0	1 740	26,3
	Eher leicht	2.427	36,7	2.519	38,1	2.430	36,7	2 466	37,2	2 553	38,6
	Leicht	1.055	16,0	991	15,0	1.033	15,6	1 019	15,4	1 081	16,3
	Sehr leicht	454	6,9	522	7,9	548	8,3	615	9,3	565	8,5

		Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
		1.000	in %								
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0
Subjektive Wohnkostenbelastung	Schwere finanzielle Belastung	1.054	15,9	1.021	15,5	1.021	15,4	962	14,5	998	15,1
	Gewisse finanzielle Belastung	4.132	62,5	4.185	63,3	4.206	63,5	4 260	64,3	4 201	63,4
	Keine Belastung	1.425	21,6	1.401	21,2	1.392	21,0	1 404	21,2	1 423	21,5
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 5: Indikatoren zur sozialen oder materiellen Deprivation

Was nicht leistbar ist:	Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
	1.000	in %								
Wohnkosten, Kredit... pünktlich zahlen	404	6,1	370	5,6	390	5,9	381	5,7	317	4,8
Unerwartete Ausgaben	1.694	25,6	1.623	24,6	1.557	23,5	1 535	23,2	1 527	23,1
Jährlicher Urlaub	1.698	25,7	1.564	23,7	1.640	24,8	1 478	22,3	1 477	22,3
Regelmäßige Freizeitaktivitäten	1.468	22,2	1.396	21,1	1.370	20,7	1 328	20,0	1 318	19,9
Ersetzen abgenutzter Möbel	1.083	16,4	1.108	16,8	974	14,7	1 008	15,2	1 023	15,4
Sich Kleinigkeiten gönnen	925	14,0	866	13,1	916	13,8	922	13,9	896	13,5

Was nicht leistbar ist:	Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
	1.000	in %								
Privater PKW	583	8,8	563	8,5	565	8,5	550	8,3	488	7,4
Wohnung warm halten	456	6,9	424	6,4	392	5,9	384	5,8	406	6,1
Hauptgericht jeden 2. Tag	471	7,1	396	6,0	406	6,1	339	5,1	340	5,1
Ersetzen abgetragener Kleidung	523	7,9	473	7,2	467	7,1	418	6,3	446	6,7
Mind. 1x/Monat Freund:innen treffen	702	10,6	657	9,9	603	9,1	608	9,2	615	9,3
zwei Paar Alltagsschuhe	245	3,7	162	2,4	188	2,8	171	2,6	160	2,4
Internetverbindung	69	1,0	43	0,7	71	1,1	55	0,8	46	0,7
1+ Deprivationsmerkmale aus 13	2.779	42,0	2.809	42,5	2.700	40,8	2.664	40,2	2.561	38,7
5+ Deprivationsmerkmale aus 13	895	13,5	815	12,3	834	12,6	782	11,8	790	11,9
7+ Deprivationsmerkmale aus 13	464	7,0	349	5,3	408	6,2	332	5,0	349	5,3

Quelle: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 6: Lebens- und finanzielle Zufriedenheit der Bevölkerung

		Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
		1.000	in %								
Hohe allgemeine Lebenszufriedenheit (8–10 auf Skala: 0–10)	Ja	3.885	58,8	3.881	58,7	3.842	58,0	3 790	57,2	3 987	60,2
	Nein	2.726	41,2	2.727	41,3	2.777	42,0	2 836	42,8	2 635	39,8
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0
Hohe Zufriedenheit mit finanzieller Situation des Haushalts (8–10 auf Skala: 0–10)	Ja	2.481	37,5	2.467	37,3	2.405	36,3	2 456	37,1	2 485	37,5
	Nein	4.130	62,5	4.141	62,7	4.213	63,7	4 170	62,9	4 137	62,5
	Gesamt	6.611	100,0	6.607	100,0	6.619	100,0	6 626	100,0	6 622	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Gewichtete Ergebnisse.

Tabelle 7: Finanzielle Situation bei Kindern unter 18 Jahren

		Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
		1.000	in %								
Einkommensveränderung (12 Monate)	Gestiegen	650	40,7	679	42,5	629	39,4	605	38,0	538	34,0
	Gleich	546	34,2	594	37,2	612	38,4	625	39,2	701	44,3
	Gesunken	400	25,1	326	20,4	354	22,2	363	22,8	343	21,7
	Gesamt	1.596	100,0	1.600	100,0	1.595	100,0	1.593	100,0	1.582	100,0
Geringes Haushaltseinkommen	Ja	359	22,5	333	20,8	324	20,3	305	19,2	283	17,9
	Nein	1.237	77,5	1.267	79,2	1.271	79,7	1.288	80,8	1.299	82,1
	Gesamt	1.596	100,0	1.600	100,0	1.595	100,0	1.593	100,0	1.582	100,0
Mit dem Haushaltseinkommen auskommen	Große Schwierigkeiten	128	8,0	96	6,0	121	7,6	96	6,0	100	6,3
	Schwierigkeiten	173	10,8	134	8,4	156	9,8	168	10,5	140	8,8
	Etwas Schwierigkeiten	520	32,5	577	36,1	535	33,6	512	32,1	548	34,6
	Eher leicht	532	33,3	533	33,3	491	30,8	547	34,3	541	34,2
	Leicht	177	11,1	179	11,2	210	13,1	177	11,1	174	11,0
	Sehr leicht	66	4,1	81	5,1	82	5,1	94	5,9	80	5,0
	Gesamt	1.596	100,0	1.600	100,0	1.595	100,0	1.593	100,0	1.582	100,0
	Schwere finanzielle Belastung	391	24,5	327	20,5	389	24,4	356	22,3	328	20,7

		Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
		1.000	in %								
Subjektive Wohnkostenbelastung	Gewisse finanzielle Belastung	954	59,8	1.035	64,7	958	60,0	1 017	63,8	1 027	64,9
	Keine Belastung	251	15,7	237	14,8	248	15,6	220	13,8	227	14,4
	Gesamt	1.596	100,0	1.600	100,0	1.595	100,0	1 593	100,0	1 582	100,0

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Gewichtete Ergebnisse (spezielle Kinderhochrechnung für Haushaltsmerkmale aus „So geht’s uns heute“).

Tabelle 8: Materielle Deprivation bei Kindern unter 18 Jahren

Was nicht leistbar ist:	Q2/2024		Q3/2024		Q4/2024		Q1/2025		Q2/2025	
	1.000	in %								
Unerwartete Ausgaben	509	31,9	515	32,2	507	31,8	488	30,6	518	32,7
Jährlicher Urlaub	493	30,9	472	29,5	429	26,9	434	27,3	434	27,4
Ersetzen abgenutzter Möbel	330	20,6	320	20,0	314	19,7	317	19,9	313	19,8
Privater PKW	147	9,2	141	8,8	136	8,5	149	9,4	155	9,8
Wohnung warm halten	145	9,1	127	7,9	100	6,3	92	5,8	98	6,2
Hauptgericht jeden 2. Tag	106	6,7	70	4,4	104	6,5	104	6,5	86	5,5

Quelle: STATISTIK AUSTRIA: „So geht’s uns heute“ (Welle 11: Q2/2024, Welle 12: Q3/2024, Welle 13: Q4/2024, Welle 14: Q1/2025, Welle 15: Q2/2025). Gewichtete Ergebnisse (spezielle Kinderhochrechnung für Haushalts-Merkmale aus „So geht’s uns heute“).

